

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

255 (2.11.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10-seitige Morgenzeitung kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellungsgebühr 8 Pfennig. Die Restzeitung-Mittags-
zeitung 60 Pfennig. Die Werbungsgebühren nach Tarif, bei der Nichterfüllung des
Zahlungsvertrages, bei gerichtlicher Zerschlagung und bei sonstigen außer Vertrag-
gegangenen Umständen ist der Restbetrag der Anzeigen-Entgelte 4 Uhr vorzuzahlen.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand-
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark o. Öfter Zahlung
1,90 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Ge-
heimlich vorzuzahlen 11 Uhr o. Postfachkonto 2950 Karlsruhe o. Geldkollekte
— erhalten: Karlsruhe L. D., Marktstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Dollfuß-
Karlstr. 6. B., Baden, Taubhausstr. 12. Rolfstr. 2. Offenburg, Kreuzstr. 8

Nummer 255

Karlsruhe, Mittwoch, den 2. November 1932

52. Jahrgang

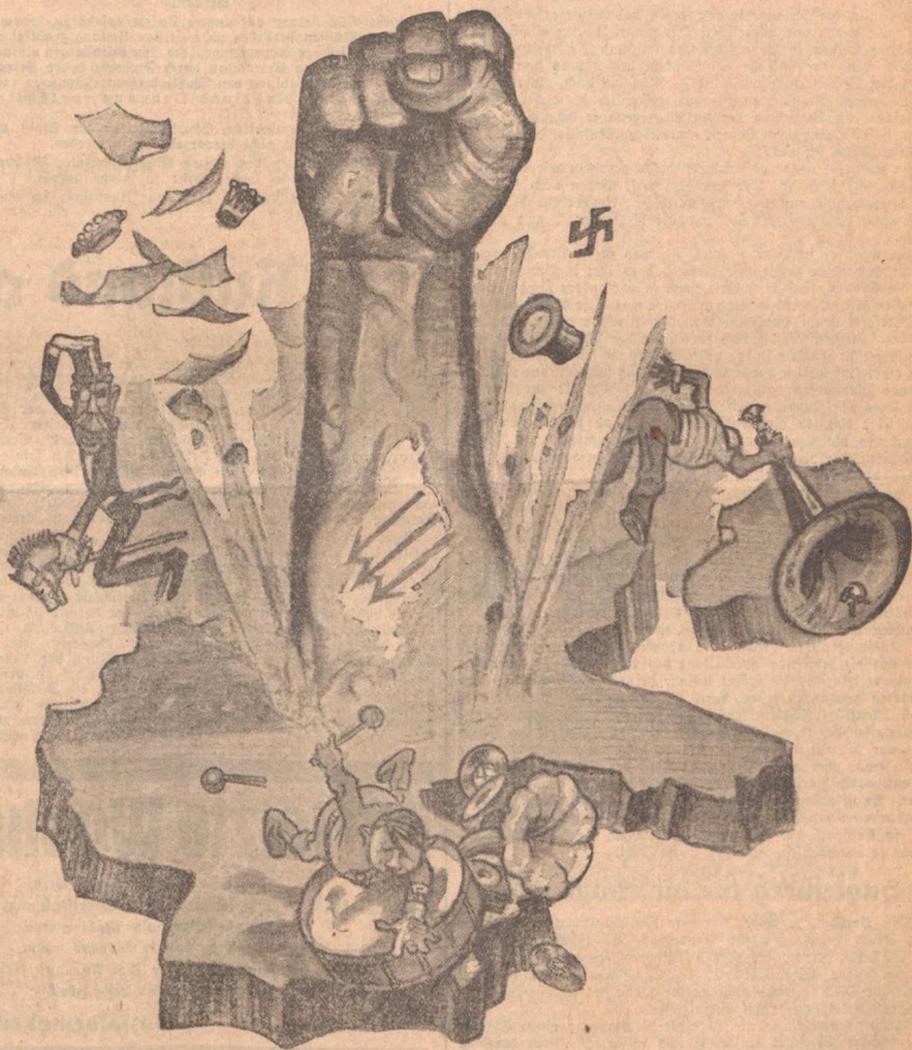
„Herr v. Papen, Reichskanzler?“

„Das ist ganz unmöglich!“

Einer, der Herrn v. Papen kennt, schreibt dem SP-Dienst:
Am Tage der Amtsenthebung der preussischen Minister erhob
Herr v. Papen gegen die preussischen Minister in einer Rundfunk-
rede den Vorwurf der „Pflichtverletzung“ gegenüber dem Reich.
Nachdem ihn der Staatsgerichtshof befehrt hatte, daß davon keine
Rede sein könne, hat er sich am Samstag während der Unterredung
mit dem preussischen Ministerpräsidenten im Hause des Reichs-
präsidenten zu der Feststellung bequemen müssen, er habe die In-
tegrität des Ministerpräsidenten Otto Braun und seiner Minister-
kollegen nie angezweifelt. Die Zwangshörer, die am 20. Juli die
Rede des Reichskanzlers verdauen mußten, werden anderer Mei-
nung sein. Wenn die Grundzüge, die Herr v. Papen zu predigen
nicht müde wird, in der Praxis Anwendung finden, dann hätte er
spätestens am Abend des Tages der Urteilsfällung des Staatsge-
richtshofes öffentlich erklären müssen, daß zum mindesten dieser Teil
seiner Anklage eine im Grunde falsche war und daher nicht auf-
recht zu erhalten sei.
Aber Herr v. Papen hat schließlich einen Milderungsgrund. Er
war den größten Teil dieses Tages nicht in Berlin, weil er irgend-
wo bei Verwandten dem edlen Weidwerk oblag. Das erinnert ein
wenig an das Verhalten Wilhelms II. während der Daily Tele-
graph-Affäre im Jahre 1906. Während damals Deutschland infolge
der törichtesten Reden Wilhelms in seinen Grundfesten bebte, amü-
sierte sich der hohe Herr in Donaueschingen bei allerlei merkwürdi-
gen Vergnügungen. Auch Herr v. Papen vergißt über das Re-
gieren das Amüsement nicht. Er ist ein fleißiger Besucher der
Brennöl- und Theaterpremierer. Dieser Drang nach Vergnügen
gesellschaftlicher Talente hat ihn vor Monaten auch wohl veranlaßt,
alle Hebel zur Erlangung des Münchener Geandtenpostens in Be-
wegung zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten seine toner-
wärtigen Grundzüge reiflos eingeatmet werden. In München ist
zweifellos reichlich Gelegenheit neben der Erledigung politischer
Aufgaben auch auf dem gesellschaftlichen Parkett zu schlafen. Die
von der früheren Reichsregierung und dem letzten rechtmässigen
preussischen Kabinett aufgehobene Münchener Gesandtschaft hat Herr
v. Papen wieder errichtet und sie einstweilen mit seinem Freund
Friedrich v. Lersner besetzt. Wie Jungen behaupten, in Wirklich-
keit hätte Herr v. Papen sich hier einen Zufluchtsort für den Fall
schaffen wollen, daß seine glänzenden Regierungszeiten bald zu
Ende seien. Allerdings wehen aus der Münchener Ecke im Augen-
blick keine günstigen Winde, und der Reichskanzler a. D. würde
höher in der bayerischen Hauptstadt auf dieselbe Ablehnung stoßen
wie damals im auswärtigen Amt, als er sich um den Gesandten-
posten in Luxemburg bewarb.
Indessen scheint es seiner Fingerfertigkeit vielleicht, für bessere
Stimmung zu sorgen, denn er hat sich schon einmal als Kellameister
für sich selber betätigt. Aus Paris wird uns nämlich geschrieben,
daß Herr v. Papen am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler
telefonisch mit dem bekannten französischen Außenpolitiker Grafen
D'Amelunx in Verbindung gesetzt habe, mit dem er schon früher
in bestimmten Zirkeln deutsch-französischer Verständigungspolitik
verkehrt hatte. Der Graf selbst war nicht anwesend. Papen gelang
es nur, sich mit der Tochter des Grafen telefonisch zu verständigen.
Er machte Mitteilung von seiner Ernennung und bat sie, Papa
diese Mitteilung mit der Bitte weiterzugeben, dafür zu sorgen, daß
die französische Presse den deutsch-französischen Verständigungs-
freund Papen nicht falsch beurteile. Als die junge Dame ihrem Vater
später von diesem Telefongespräch Mitteilung machte, antwortete
Graf d'Amelunx: „Herr v. Papen Reichskanzler? Das muß ein
Versehen sein!“ Dem Grafen ging es so wie uns, wir haben es zu-
nächst auch für einen Irrtum gehalten und sind auch jetzt noch der
Meinung, daß der Entschluß des Reichspräsidenten in die Hände
dieses Mannes die deutsche Politik zu legen, ein schwerer Ver-
sehen war.

Wir wollen

Freiheit!



Weg mit Papen, Thälmann, Hitler 2 Sieg der Sozialdemokraten, Liste 2

Naziwirtschaft

SP, Braunschweig, 1. Nov. Die Nationalsozialisten und
ihre deutschnationalen Koalitionsgenossen im Lande Braun-
schweig brüsten sich seit Jahren damit, daß sie im Gegensatz
zu der früheren sozialdemokratischen Regierung die Finanzen
des Freistaates Braunschweig saniert hätten. Jetzt aber zeigt
es sich, daß diese Behauptungen Schall und Rauch sind.
Das statistische Reichsamts hat dieser Tage eine Tabelle
veröffentlicht, aus der die Höhe der Verschuldung der einzel-
nen deutschen Länder im Laufe des Jahres 1931 zu ersehen
ist. Die Tabelle zeigt, daß zwar einzelne deutsche Länder im
Einsatzjahr 1931 ihre Verschuldung vermindert haben, nicht
aber Braunschweig. Im Freistaat Braunschweig haben die
Staatsschulden nicht abgenommen, sondern sie sind noch er-
heblich gestiegen. Bei Beginn des Etatsjahres 1931 hatte das
Land Braunschweig 58 886 000 M. Schulden, die sich Ende 1931
auf 2 603 000 M. auf insgesamt 61 489 000 M. vermehrt hat-
ten. Die Agitationsbehauptungen der Nationalsozialisten und

Deutschnationalen, daß, solange sie regierten, keine neuen
Schulden gemacht worden seien, sind also unrichtig. Wie das
Jahr 1931 so wird auch das Jahr 1932 mit einem erheblichen
Fehlbetrag abgeschlossen werden. Die nationalsozialistische
Regierung plant deshalb die Einführung einer Schlachtsteuer,
außerdem die Kürzung der Beamtenegehälter und die Ein-
führung des Notsystems.

Das finanzielle Ergebnis der nationalsozialistischen Regie-
rung im Lande Braunschweig für das Jahr 1931 ist, insge-
samt gesehen, geradezu niederschmetternd. Trotzdem die Not-
verordnungen des Reiches dem nationalsozialistischen Mini-
sterium viele Millionen Mark an Ersparnissen brachten, und
die Regierung die staatlichen Geldüberweisungen an die Kreise
und Gemeinden außerordentlich kürzte, so daß die Gemeinde-
verbände geradezu an den Rand des Bankrotts gebracht wur-
den, trotzdem hat sie fast drei Millionen neue Schulden ge-
macht.

Sie drohen wieder

Naziführer kündet „Revolution“ an

Der nationalsozialistische Abgeordnete Merker hat dieser Tage
in einer Versammlung in Alt-Reer im Kreise Königsberg wieder
einmal die nationalsozialistische Revolution angekündigt. Er
wandte sich an die im Saale anwesenden Stahlhelmer und sagte:

„Sie nehmen jetzt die Regierung Baden und Schleicher in
Schutz. Ich möchte nur wünschen, daß sie nicht auch daselbst
von Schleicher erleben, was wir erlebt haben. Wir fürchten
ihn nicht mehr. Wir stehen mit einer Million Gewehre da.
Wir werden nach dem 6. November eine Revolution erleben,
die wir mit den Kommunisten zusammen machen.“

Daß die Nazis, wie die ihnen gleichgesinnten Kommunisten Re-
volution machen würden, wenn sie könnten, darf man glauben.
Derweil handelt es sich bei ihnen nur um Maulaufreißer. Inter-
essant ist es jedoch, daß stets die Nazis auf die Kosten und umge-
kehrt die Hoffnungen setzen. Unterdessen müssen die Proleten bei
der Parteien sich täglich gegenseitig die Schädel blutig schlagen.

Gefahren für die Einheit des Reichs

Durch Gewaltakte und Verfallungsverletzungen

Eine Zeitung, die der Regierung Papen Verfallungsverletzungen vorwirft, wird verboten. Einer Versammlung, in der ein Redner der Regierung Papen Verfallungsverletzungen vorwirft, droht polizeiliche Aufstellung.

Jetzt hat nun das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“, ein Zentrumsorgan, das dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz besonders nahe steht, die jüngste Aktion des Reichskabinetts gegen Preußen als Verfallungsverletzung und als Mißachtung des Spruchs des Staatsgerichtshofs bezeichnet, und der bayerische Ministerpräsident Held hat sich in öffentlichen Versammlungen zu Würzburg und Stuttgart noch wesentlich schärfer geäußert. In Würzburg erklärte er, eine Reichsreform, wie sie jetzt betrieben werde, sei Verfallungsverletzung; in Stuttgart rief er aus, daß die Regierung Papen drauf und dran sei, mit Gewalt durchzuführen, was nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs nicht vertretbar sei. Wer das, was jetzt in Preußen geschehe, für mit der Verfassung vereinbar halte, solle sich seine Dummheit versteuern lassen. Herr Held hat seinen Glauben an das Kabinett Papen verloren und er fühlt sich als bayerischer Ministerpräsident verpflichtet, öffentlich gegen Papen aufzutreten, und zum Kampf gegen seine Maßnahmen aufzufordern.

Wird nun die Reichsregierung gegen das Stuttgarter „Volksblatt“ und gegen den bayerischen Ministerpräsidenten einschreiten? Ist nicht vor allem in Bayern die Ordnung und Sicherheit erheblich bedroht, wenn der leitende Staatsmann des Landes zum Kampfe gegen den Reichszentralen auffordert? Man hat auch, als man den Vorstoß gegen Preußen unternahm, wesentlich harmlosere Reden Generals als Verletzung der Pflicht gegenüber dem Reich ausgelegt. Wird man jetzt Bayern gegenüber ebenfalls den Art. 48 in Anwendung bringen?

Wir zweifeln, obwohl die Worte Helds geradezu wie eine Herausforderung klingen. Wir zweifeln, weil Papen auch jetzt den Versuch noch nicht aufgeben wird, durch eine Sonderbehandlung der süddeutschen Staaten Preußen und die Regierung Braun zu isolieren.

Aber wenn er in Bayern unterläßt, was er in Preußen unternimmt, beweist er damit aufs Neue, daß es ihm in Preußen nicht um die Ordnung und Sicherheit, sondern um andere Dinge zu tun ist. Der Art. 48 wird benutzt, um das, was diese Regierung eine Reichsreform nennt, durchzuführen. Damit allein gerät er in den denkbar schärfsten Widerspruch zum Sinn der Verfassung, die, wie auch Professor Anschütz in der neuesten Auflage seines Kommentars trotz einer sehr weiten Auslegung des Art. 48 feststellt, nur vorübergehende Maßnahmen gestattet, und nur solche, die zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit tatsächlich notwendig sind. „Ein über Art. 48 hinausgehendes, als seine Vorschriften nicht gebundenes, gleichsam naturrechtliches „Staatsnotrecht“ des Reichspräsidenten, der Reichsregierung oder der Landesregierungen“ besteht nicht.

Ganz gleichgültig indessen, welches die wahren Absichten der Papenregierung sind, ganz gleichgültig auch, wie sie sich gegenüber den süddeutschen Staaten verhält — die Reden von Würzburg und von Stuttgart zeigen, wohin das Staatsgeschäft unter der „grundständig neuen Führung“ treibt. Die Schritte, die unternommen worden sind, um die Autorität der verfassungsmäßigsten preußischen Regierung zu erschüttern, laufen immer mehr auf eine schwere Erschütterung der Autorität der Reichsregierung hinaus. Darüber brauchen wir nicht betrübt zu sein, wenn es nur um Papen und sein Kabinett ginge. Aber es wird ein Zustand geschaffen, der nicht nur die derzeitige Verwaltung des Staatsgutes, sondern das Staatsgut selber in die größte Gefahr bringt. Wenn sich die Einzelstaaten zwingen lassen, durch den Mund ihrer Minister dem Reich öffentlich Rechtsverletzungen vorzumerkeln und dem Reichskanzler offen den Kampf anzulegen, dann ist die Einheit des Reichs nicht nur bedroht, sondern im Grunde nicht mehr vorhanden.

Die Frage aber muß gestellt werden, ob der Reichspräsident nicht erkennt, wohin die Politik seines Kanzlers das Land und ihn selber führt. Er ist neben dem Reichstag Hüter der Verfassung. Er soll Schaden vom deutschen Volk abwehren. Er kann nicht zusehen, daß ein Kabinett, das sich zur Aufgabe macht, die Grundlagen des Reichs zu unterhöhlen, an dessen Spitze steht.

Hugenberg für die Monarchie

DNB, Breslau, 1. Nov. In einer deutschnationalen Versammlung sprach Dienstagabend Hugenberg. Er führte u. a. aus: Die NSDAP verrate aus parteipolitischen Vernarrtheit alles, was für sie früher gemeinlich mit den Deutschnationalen gekämpft habe. Die NSDAP wolle nicht an die Stelle des schwarz-rotten ein braunes Parteibeamtentum treten lassen.

Hugenberg bezeichnete als Ziel die Neuformung eines Staates der deutscher Eigenart entsprechende und erklärte: „Nach deutscher Sitte lassen wir uns von einem König führen“.

Terroristen und Einbrecher

Rätinsherga i. Pr., 1. Nov. In der Nacht zum Dienstag wurde von bisher unbekanntem Täter der Versuch unternommen, in den Räumen der Staatsanwaltschaft, sowie im Zimmer des Sachbearbeiters der Terrorakte vom 1. August, sowie der bekannten Mordüberfälle und Brandstiftungen der Nationalsozialisten, einzuwachen. Dieser Tage wurden mehrere Nationalsozialisten wegen dieser Delikte zu hohen Gefängnis- und Jugendstrafen verurteilt. Der Einbruchversuch kann nur die Erlangung von Akten dieser Ermittlungsakten zum Ziel gehabt haben.

Unterschlagungen und Bankrott

Die Großdeutsche Handelsgesellschaft, jahrelang Hilters Hauptlieferant in Uniformen, befindet sich seit Monaten in Zahlungsunfähigkeit. Der endgültige Bankrott scheint nur noch eine Frage von Tagen zu sein. Vor Wochen hat die Firma ihren Gläubigern durch Rundschreiben bereits mitgeteilt, daß ihre Zahlungsunfähigkeit auf die jähmige Zahlungsweise der mit Uniformen belieferten NS-Regierung zurückzuführen seien. Neuerdings gerät die Firma in Liquidation u. a. damit, daß die meisten Zeugnisse der großdeutschen Handelsgesellschaft, alles Nationalsozialisten, zum Teil Führer der SA, usw., bedeutende in die Tausende gehende Beträge unterschlagen haben und zahlreiche SA-Stürme, rote Truppen und sonstige Formationen der NSDAP ihre sehr erheblichen Schulden bei der Großhandelsfirma nicht abzudecken imstande seien, weil die Mittel von München sehr spärlich fließen.

Die Unterschlagungen sollen sich auf 40 000 Mark belaufen.

Bankerottpolitik in Preußen

Bracht schreit um Hilfe — So regieren die Barone — Zusammenbruch der Gemeinden

„Unübersehbare politische Wirkungen“

Das Kabinett der Barone behauptet, daß es sein diktatorisches Regime in Preußen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiter fortsetzen müsse. Was dies Regime über Preußen gebracht hat, geht aus einem geheimen Schreiben des Reichskommissars Bracht an den Reichskanzler und sämtliche Reichsminister hervor. Dies Schreiben wird im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht. Es stammt vom 18. Oktober 1932. Darin steht u. a.:

„Da den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Aufnahme irgendwelcher Kredite nicht mehr möglich war und ich, find ihre sämtlichen eigenen Fonds (einschließlich der zweckverbundenen) inzwischen aufgebraucht worden.“

Die Rückstände der preußischen Gemeinden an nicht abgetragenen Staatssteuern beliefen sich am 30. Mai 1932 auf 61,7, am 30. Juni 1932 auf 83,1, am 31. Juli 1932 auf 107,2 und am 31. August 1932 auf 129,6 Millionen Reichsmark. Seitdem sind die Steuern weiter ansteigend, trotzdem durch den Runderlaß vom 22. August 1932 — „Min.-Blatt für die innere Verwaltung Seite 843“ — alle nur erdenklichen Maßnahmen getroffen worden sind, um die Mithilfe der Staatssteuern herbeizuführen.

Gerade der praktische Mißerfolg dieses Erlasses ist ein trauriger Ausdruck für die ungeheure Finanznot der Gemeinden

und ihrer Rückwirkung auf andere Interessensphären, indem selbst die lokalen Aufsichtsbörden im weitesten Umfang genötigt waren, sich über die jetzigen Anordnungen der Zentralinstanzen einfach hinwegzusetzen, um den Gemeinden durch Freigabe hoher Beträge an Staatssteuern die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vorläufig noch sicherzustellen.

In welche unüberwindliche Schwierigkeiten der Staat dadurch gekommen ist, braucht nicht hervorgehoben zu werden.

Das Funktionieren des ganzen Staatsapparates ist durch Rückstände in solcher Höhe in Frage gestellt.“

Nach einer Darstellung der trostlosen Finanzlage im einzelnen heißt es dann weiter:

Rußland ohne Schminke

Von Moskau wird uns geschrieben:

Wer über Regoreloie nach Moskau fährt, sieht in der neuen, schönen Halle des Grenzbahnhofes das erste „Bild“ russischen Lebens. In einem Wandgemälde, das die Seiten des Sozialismus völlig befreit, wird gezeigt, wie unter dem Regime der Sowjet-Union die Fabrikarbeiter emporkommen, wie die bessere Bauern, von lächelnden Arbeitern und Rotarmisten unterstützt, Berge von goldenem Getreide von den Feldern ernten. Im Vordergrund sind schwere Lastautos zu sehen, die nur mühsam ihre lastbare Last von ausgedehntem Korn den Wäldern zuführen, von wo, wie man aus diesem verführerischen Bilde erahnen sollte, Brot und Nahrung in ungemessener Menge sich über das Land verteilt.

Wachstum, Fülle, Harmonie und Friede... Es könnte nicht schöner sein, und der Eindruck ist, wenn man ihm kritisch nachgehen will, genau so überwältigend wie der Anblick aller dieser imposanten Photographien, die eine glückliche Propaganda in ganz Deutschland zur Auslage bringt. Die Wirklichkeit ist ganz anders, und so völlig verschieden von dem Schein, der durch diese bildlichen Darstellungen, durch Artikel und Propagandabroschüren erweckt wird, daß es für den Augenblick sogar schwierig sein wird, Glaubwürdigkeit für eine realistische Darstellung der Lebensverhältnisse in der Sowjet-Union zu finden. Es ist nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung, wie a. B. die Mitglieder der GPU, der Armee und der Bürokratie, der noch von der allgemeinen Befriedung des russischen Volkes bis zu einem gewissen Grade ausgenommen ist. Allen übrigen Schichten der Bevölkerung

„Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß die Dinge so nicht weiterlaufen können. Die schwere und sich ständig verschärfende Finanzkrise der Gemeinden und Gemeindeverbände kann auch nicht weiterhin isoliert für sich betrachtet werden. Sie hat bereits in immer stärkerer Weise Auswirkungen auf die Lage des Staates und anderer Körperlichkeiten, nicht minder aber auch der privaten Wirtschaft geübt.“

Diesbezüglich muß ich mit aller Deutlichkeit betonen, daß der Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden und Gemeindeverbände alle Maßnahmen zunichte machen würde, welche die Reichsregierung zur Hebung des Vertrauens und zur Belebung der Wirtschaft inzwischen eingeleitet hat.“

Dr. Bracht schlägt dann u. a. die sofortige Erhöhung der schließlichen Reichsmittelumschlagung monatlich um mindestens 25 Millionen Mark aus dem Ertrags der Au und Au und zwar bereits für den Oktober 1932 vor und schreibt dazu:

„Ich betone dabei nochmals besonders, daß diese Erhöhung schon für den Monat Oktober unerlässlich ist, denn gerade für Oktober Oktober fürchte ich die größten Schwierigkeiten. Würde die Erhöhung, entgegen meinen dringenden Vorstellungen, erst für den Monat November erfolgen, dann könnten inzwischen schon mehrere und zwar große Gemeinden, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, zusammengebrochen sein, und der dadurch bewirkte Rückschlag könnte auch unübersehbare politische Auswirkungen haben.“

WB, Berlin, 2. Nov. In den Blättern wird angeführt, daß heute eine Verordnung der kommissarischen Preußenregierung herausgegeben werden soll, die sich mit der vorläufigen Regelung der kommunalen Verwaltung befaßt. Die Verordnungen über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie über die Aufstellung von Stellenplänen in Kommunen enthalten soll.

ischen Aufgaben völlig ungeeigneten Schicht, die große Masse derer die Kammer und Sichel wirklich zu schwingen haben, sich in ein graues Meer von Arbeitslosen verwandelt hat. Keine zaristische Despotie hat solche Zumutungen an die Arbeiterklasse gestellt. Sie unter einen so elenden und unerträglichen Zwang genommen, wie das Regime dieser Leute, denen die Verhältnisse längst aus dem Finstern gelitten sind.

Es gibt in den russischen Betrieben das sogenannte Tagelohn, das „Tried“, das aus dem politischen Direktor des Betriebes, dem technischen Direktor und dem sogenannten Vertreter der Arbeiterklasse besteht. Der technische Direktor ist im allgemeinen ein Spezialist aus der alten zaristischen Zeit oder dem Auslande und ist für die allgemeine Verwaltung des Betriebes kaum ein Mitglied. Der politische Direktor hingegen ist von Moskau ernannt, und der sogenannte Vertreter der Arbeiterklasse ist ebenfalls ein Mitglied der kommunistischen Partei, das trotz des Anscheins einer Wahl von Moskau aus dem Betriebe aufsteigt. Wenn dieser Vertreter der Arbeiterklasse sich auch Arbeiter nennt, so hat er doch mit der Arbeit nichts mehr zu tun. Er ist in Wirklichkeit nur noch mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt, und steht den Verhältnissen dem Denken und Empfinden der Arbeiterklasse bald so fern wie alle diese „roten“ Direktoren und Bürokraten, die längst aus der „harten“ Klasse des Lebens zur „weichen“ herübergegriffen haben.

Zu sagen daß außer ihnen in den Betrieben niemand etwas, an alleninsten die Arbeiterklasse. Man hat aus dem Kommando, dem Jugendverband der kommunistischen Partei, ein geläufiges Werkzeug gemacht, um die Arbeiterklasse unter einen Druck zu setzen, wie er zu den schlimmsten Zeiten des Manchestertums unbekannt war. Diese jungen Kerle, denen jede Erfahrung des Lebens noch fehlt, die für keine Familie zu sorgen haben, und die man in einer erbliche Begeisterung für die Zukunft des kommunistischen Regimes hereinbeißt, werden dann die „roten“ Anordnungen der politischen Direktion eines Ansehens von Freiwilligkeit zu geben.

Wenn a. B. Überstunden gemacht, wenn den Rubeltag durchgearbeitet werden soll, wenn die Lohnsätze heruntergeleitet werden sollen, wenn die Arbeiterklasse Ansehen zum Bau von Tanks und Flugzeugen zeigen soll, dann haben sich diese Mittelschicht der kommunistischen Jugendverbände zu diesen schönen Aufgaben immer freiwillig zu melden. Aber sich diesen „Freiwilligen“ dann nicht anhöret, sondern ihre Freizeit und seinen Lohn für sich und seine Familie haben möchte, kommt an das schwarze Brett des Betriebes und wird zum Klassenfeind gestempelt.

Die Arbeit ist zum Zwang geworden. Jeder hat zu arbeiten, so weit es ihm seine physischen Kräfte nur eben gestatten, und selbst darüber hinaus. Die Elementararbeit der Arbeiterklasse, zu deren Erläuterung in den westeuropäischen Ländern Generationen von Arbeitern gelitten haben, sind in dieser „sozialistischen“ Revolution mit einem Federstrich beseitigt worden. Es gibt in den Betrieben weder das Recht zur Bildung eigener gewerkschaftlicher Vereinigungen, noch das Recht, von dem letzten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes dem Streik, Gebrauch zu machen. Außerhalb der staatlichen Gewerkschaften eine eigene Vereinigung der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen zu bilden, würde das gleiche Schicksal widerfahren, dem noch kürzlich die Führer eines örtlichen Textilarbeiterkreises verfielen: man wollte sie zur Vernehmung in das Haus der GPU, vorladen, sie dort noch kurzer Vernehmung in den Keller führen und ihnen einen Revolver hinter das Ohr setzen.

Die kommunistische Partei bestimmt selbst, wer die Arbeiter zu vertreten hat. Wählen die Arbeiter eigene Vertreter, so sind dies Hochverräter, deren Kopf fällig ist.

Die letzte Woche!

Mittwoch: Noch vier Tage! Heute wird, Wie ich weiß, dein Sporklub tagen, Manchem, der als Wähler irrt, Kannst du hier so Manches lazen. Nach' den Weg ihm klar und frei, Sol' ihn 'ran für Liste zwei!

Sozialdemokraten!

nicht es schlecht, so schlecht, daß sie einer allgemeinen Unterernährung anheimgefallen und Millionen von der unmittelbaren Gefahr des Hungertodes bedroht sind. Es ist nicht nur die bäuerliche Bevölkerung, die nach der Kollektivierung des Bodens vor dem völligen Bankrott ihrer Betriebe steht, auch die Arbeiterklasse ist in diesen allgemeinen Zusammenbruch des russischen Wirtschaftssystems einbezogen.

Es gibt in der ganzen Welt keine Arbeiterklasse, deren Rechte geringer, deren Lohnverhältnisse schlechter, deren Verpeilung und Bekämpfung elender wäre. Es ist erschütternd zu sehen, wie in diesem Lande, das den Namen der ersten sozialistischen Republik für sich in Anspruch nimmt, durch die Diktatur einer kleinen, vom Volkswillen in keiner Weise getragenen, zur Erfüllung ihrer sch-

Reichsmittel zur Brotverwertung

Das Reichsernährungsministerium hat am Montag (hier) in der Getreidemarkt eingegriffen, wobei wohl die Tatsache, daß am nächsten Sonntag gewälzt wird, nicht ohne Einfluß geblieben ist. Die Roggenpreise sind dann auch am Montag um gut 2 Mark gestiegen. Auch die Roggenmehlpreise stiegen an und man redet in Kürze mit einer erheblichen Viehpreissteigerung. Auf die Verarbeitung und die Konsumenten nimmt man dabei überhaupt keine Rücksicht. Wenn das Mehl und das Brot verteuert werden, muß das Volk eben den Schmachtriefen enger schmalen.

Das Tollste ist, daß neue Reichsmittel für diese Brotverwertung zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Reichslandbund verlangt die Bereitstellung eines Reichsbank-Kreditskontos in Höhe von 100 Millionen Mark und die Uebernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 25 Millionen Mark durch das Reich. Angesichts der Einstellung der Regierung Papen ist damit zu rech-

nen, daß den Forderungen des Reichslandbundes restlos nachzukommen wird.

Für die Brotmücker gibt es nur eine Antwort: Wähl' wählen am Sonntag Liste 2 (Sozialdemokraten).

Ein Noerverordnungsurlauf gegen Links

In Tübingen wurde am 22. September der Nationalsozialist Friedrich Bed von politischen Gegnern mißhandelt. Aus diesem Anlaß hatten sich vor der großen Strafkammer in Tübingen sechs Angeklagte zu verantworten. Das Gericht erkannte auf Lebenslange Freiheitsstrafe, und zwar erhielten der 21 Jahre alte Mediziner Richard Kros 1 Jahr Zuchthaus, der 19 Jahre alte Schriftsetzer Friedrichs 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, der 24 Jahre alte Arbeiter Otto Karer 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus, der 18 Jahre alte Schreiner Fritz Bäcker 1 Jahr 2 Monate und eine Woche Zuchthaus, der 22 Jahre alte Chauffeur Otto Schid 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Herriots Milizvorschlag

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn das deutsche Volk bei seinen gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen die Wichtigkeit dessen übersehen würde, was durch die bedeutungsvolle Rede des französischen Ministerpräsidenten Herriot auf dem Gebiete des Heersystems anzubahnen sich ansieht. Umrannt mit einer scharfen Auseinandersetzung gegen gewisse Rüstungskreise in Deutschland hat in der Nacht vom Freitag auf Samstag der französische Ministerpräsident Herriot das große Thema unter dem Einfluß von Paul Boncour entstandene neue französische Abrüstungsprogramm vorgetragen, das neben manchen kritisch zu behandelnden Punkten vor allem den Gedanken in sich birgt, daß unter der Befestigung eines jeglichen Berufsheeres, darunter auch die Reichswehr und einer bestimmten Regelung der inneren Polizeiträfte in ganz Europa ein allgemeines System der Militärdienstpflicht eingeführt werden müsse, das dann internationaler Kontrolle unterstehe. Wenn auch diese Forderung verdrängt ist mit verschiedenen Bedingungen wie Ergänzung des Locarnoabkommens durch regionale Pakte, Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten usw., über die noch viel diskutiert werden wird, so bedeutet dieser Plan doch vor allem für Deutschland ein Ereignis, dessen Bedeutung nach den Wahlen, wenn mehr Raum sein wird für andere Fragen, die stärkste Debatte erfahren wird. Herriot selbst hat darüber, nach dem uns jetzt vorliegenden amtlichen Text, wertvolle Aufschlüsse gegeben, die insbesondere vom Gesichtspunkt der deutschen Demokratie aus, größte Bedeutung beanspruchen können, indem er folgende Motive über sein Programm darlegt:

„Was die Abrüstung angeht, was ist da das wesentliche Prinzip anderer Vorschläge? Wir schlagen die allgemeine Einführung eines Heeresystems von demokratischem und demokratischem Charakter für alle europäischen Nationen vor. Das deutsche Volk mag wissen, daß wir ihm keineswegs das Recht bestreiten, eine nationale Armee zu besitzen. Das ist wohl klar. Aber wenn Deutschland eine Nationalarmee besitzt, darf es nicht seine Verpflichtung, die Reichswehr, weiterzubehalten.“

„Was ich erstrebe, ist die Erhebung des allgemeinen Heeresystems durch ein neues, das auf der allgemeinen Einführung der Heere von beschränktem Typus beruht. Wenn dieses Ziel erreicht wäre, dann behaupte ich, müde dies ein unendlich bedeutsames Resultat nicht nur für den Frieden, sondern auch für die Zukunft der demokratischen Einrichtungen, denn diese Berufsheere — das ist eine Lehre der Geschichte — kommen früher oder später dazu, um sich herum eine Politik zu schaffen. (Beifall links.) Vielleicht hat man sich nicht Rechenschaft abgelegt, daß, wenn man einen demokratischen Staat gründen will, er auch eine demokratische Armee haben muß. (Sehr richtig! links.) Wenn dieser Parallellismus nicht besteht, ist, muß notwendigerweise einmal der Tag kommen, wo der Konflikt zwischen der demokratischen Verfassung und dem militärischen Organismus ausbricht. Die ganze Geschichte lehrt, daß zwischen dem politischen Regime und dem militärischen Regime Übereinstimmung nicht besteht, immer das politische Regime den Schaden davon hat. Des ist, glaube ich, die tiefe Wahrheit, die die augenblickliche Lage entwirft.“

Warum wollen Sie mir also die Bemühungen verbieten, die ich unternehmen will nicht nur zu Gunsten des Friedensgedankens, sondern auch, ich sage es laut und möchte auch vom deutschen Volk selbst gehört werden, zu Gunsten des Friedensgedankens, eine notwendige Bemühung, wenn man wirklich den Geist der Freiheit leben oder wieder aufleben lassen will.“

Noch sind nicht alle Einzelheiten des französischen Programms, das mit Recht auch die Schiedsgerichtsbarkeit für alle Staaten obligatorisch macht, bekannt, und noch besteht nicht restlose Klarheit, wie es mit dem Verhältnis der Miliz zu den Kolonialheeren steht. Daß der französische Plan jedoch fürderhin im Mittelpunkt der internationalen Diskussion und vor allem auch der deutschen Diskussion stehen wird, das ist sicher. Wie uns gemeldet wird, betrachtet man in Berlin ein politisches Ereignis in der Erklärung Herriots als äußerst bemerkenswert, da sie vor allem zum ersten Male den Standpunkt verläßt, daß die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags ein Rührmischstand sind, und daß Frankreich auch die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder hinsichtlich der Abrüstung mehr als bisher berücksichtigen wolle, wobei als selbstverständlich die Voraussetzung für Deutschland die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung angenommen wird. Aber auch für die deutsche Sozialdemokratie wird dieser französische Plan zahlreiche Probleme aufwerfen, zu denen sie Stellung nehmen wird. Der französische Plan hält sich, unter Berücksichtigung heutiger französischer Stimmungen, stark an Gedankengänge, wie sie Jean Jaurès in seiner „Neuen Armee“ vor 20 Jahren propagiert hat. Die sozialistische Partei Frankreichs hat im Kampfe gegen den General Wengand, der darin ein zu starkes Entgegenkommen gegenüber Deutschland fand, durch Zustimmung des Vertrauensvotums für Herriot dem Plan ihre Unterstützung verliehen. Die Miliz, eine alte Forderung der Demokratie, wird nunmehr stärker als bisher, im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Teils zustimmend, teils kritisch. Auf alle Fälle ist ein neues Moment in die Debatte gekommen, dessen Bedeutung nicht übersehen werden darf.

Freistaat Baden

Die Parteikirche

epb. Am 31. Oktober fand in Karlsruhe unter überaus starker Beteiligung der Landesversammlung der kirchlich-liberalen Vereinigung statt. Es wurde einstimmig eine Rundgebung erlassen, in der es heißt:

Die Mehrheit der Landesynode hat die Kirchenverfassung in einer Weise geändert, die das Wesen der Volkskirche bedroht.

Sie hat große Teile dieser Volkskirche von der Mitwirkung in der Leitung der Kirche ausgeschlossen.

Sie hat damit den Weg zur Parteikirche beschritten.

Sie hat mit einer mehr als 100jährigen Tradition der Badischen Landeskirche bewußt gebrochen.

Die kirchlich-liberale Vereinigung erhebt entschiedenen Protest gegen diese Entrechtung der Freunde evangelischer Freiheit und gegen die Durchführung eines Parteiprogramms in der Kirche.

Auf der Versammlung erstattete der Vorsitzende, Pfarrer Spieß-Forsheim, das Hauptvertrauen. Er gab einen Rückblick auf die Vorgänge auf der Synode und die Bildung der neuen Kirchenregierung, wobei er klar herausstellte, wie entschlossen die kirchlich-liberalen Freunde der Kirche zu stehen.

In einer lebhaften Aussprache fand die einstimmige Zustimmung der Landesversammlung zu dieser klaren Haltung und die Abschnung aller Bestrebungen einer kirchlichen Reaktion herbeizuführen.

Verhaftung in Kappelrodeck

D. Kappelrodeck (Amt Achern), 1. Nov. Am Montag vormittag wurde Gemeindevater und Witzbürgermeister Wald durch die Gendarmen verhaftet. Wie festgestellt wurde, hatte er Patate im Ort anbringen lassen, in denen u. a. an die Bayern die Aufforderung gerichtet wurde, in den Steuerkreis zu treten und sich mit Dreihägeln und Senen bewaffnen gegen die Staatspolizei aufzunehmen. Bald wurde ins Wälder Gefängnis gebracht.

„Nazi-Spiegel Nr. 1717 entlarvt“

In einem Artikel unter der obenstehenden Überschrift teilt die kommunistische sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ in Mannheim mit, daß es der kommunistischen Partei in Karlsruhe gelungen sei, „einen raffinierten Nazi-Spiegel“ zu entlarven. Es handelt sich um einen Robert Walter, Karlsruhe, Kriessstraße 224 wohnhaft. Der Mann hat nach dem Blatte vor kommunistischen Parteimitgliedern schriftlich die folgende Erklärung abgegeben:

„Ich erkläre hiermit freiwillig, ohne jeden Zwang, daß ich als früherer SS-Mann demütig in die KPD eingetreten bin, um dort Spionagearbeit für die NSDAP, gegen Bezahlung zu leisten.“

Seine Auftraggeber waren Pa. Hartmann und Moraller. Hartmann kündigte mir gegen Auslösung des Geld aus.

Das Rundschreiben „Freunde um Trabinger“ wurde von mir als Zerlegungsdienst entworfen und von der NSDAP weiterverbreitet.

Für die Herstellung desselben erhielt ich den Betrag von 20 M (Zwanzig Mark). Ich erkläre hiermit an Eidesstatt im Beisein des Rechtsverteilers der Roten Hilfe, daß obige Erklärung auf Wahrheit beruht.

Karlsruhe, den 26. Oktober 1932.
ges. Robert Walter, Kriessstraße 224.

Das kommunistische Blatt teilt weiter mit, der Spiegel habe auch mit der Karlsruher Polizei zusammengearbeitet, von der das Blatt behauptet, sie sei „sozialdemokratisch geführt“. Soso! Na, Herr „Genosse“ Polizeipräsident Sauer, wie wäre es in Zukunft mit dem Gruß „Freiheit“? Weiter behauptet, besser gesagt hat das kommunistische Blatt, der Nazi-Spiegel Walter, „war für die Feinde der proletarischen Einheitsfront, die Schöpflin und Konforten, ein brauchbares Substrat“. Ob die Karlsruher Polizei Spiegel unterhält, wissen wir nicht und wir haben auch noch nicht danach geforscht. Aber ganz selbstverständlich ist es dreister Schwindel, wenn das kommunistische Blatt glauben machen will, die Sozialdemokratische Partei oder der „Volksfreund“ oder einer seiner Redakteure habe irgendwelche Beziehungen zu Spiegel. Wer sich zu Spionagediensten herabläßt, ist in unseren Augen ein solch erbärmliches Subjekt, daß es keinem solchen Burschen jemals gelingen könnte, Beziehungen zu uns anzuknüpfen, ganz gleich gegen welche Partei seine Spionagetätigkeit sich richtete. Das Rundschreiben „Freunde um Trabinger“ ist uns von drei offenbar verschiedenen Stellen anonomn zugesungen und da die schweren persönlichen Differenzen innerhalb der Karlsruher kommunistischen Partei in Arbeiterkreisen durchwegs und allgemein bekannt sind, brauchte man an der Richtigkeit des Inhalts nicht zu zweifeln.

Im übrigen, was heißt schon „Nazi-Spiegel“ bei den Kommunisten oder „Kazi-Spiegel“ bei den Nazis? Bei dem starken Wechsel aus dem einen Keiter dieser beiden Parteien in das andere, muß das gegenseitige Spionetum gang und gäbe sein. Der Unterschied ist höchstens der, daß die Nazis ganz offen in ihren Zeitungen zur Bepöbelung der Angehörigen anderer Parteien auffordern, während die Kommunisten in verlogener Entrüstung

megen des Spionetums machen. Außerdem: wollte die KPD, alle uniaueren Elemente aus ihren Reihen entfernen, auch diejenigen, die dort als politisch untauber bekannt sind, die Mitgliederzahlen würden erheblich zusammenschrumpfen. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ also entlarvt, dann immer nur ihresgleichen.

Hausbesitzer-Klage

Aus allen Gauen des Reiches erschallen die Klagen der Hausbesitzer; einmal ist es der Alt-Hausbesitzer, dann der Neu-Hausbesitzer. Das Verlangen beider Gruppen ist verschieden, gemeinsam aber verlangen alle: Zinsverbilligung nach verschiedenen Vorschlägen, Aussetzung des Zinsdienstes überhaupt (aber natürlich Fortlauf der Mieten), finanzielle Unterstützung erwerbsloser Hausbesitzer u. a. m., besonders aber stehen alle Hausbesitzer auf dem Standpunkt, daß eine endgültige Behebung der Hausbesitzernotlage nur von der Geldseite her kommen könne.

Zur Beurteilung dieser Notlage muß man deren Gründe und Ursachen suchen. Die jetzt sichtbarsten Gründe dieser Notlage ist die gegenwärtige Wirtschaftslage, die wahre Ursache aber ist die verfluchte Inflation.

Damals wurden alle Sparatroschen und alle Groß- und Kleinvermögen vernichtet, der Hausbesitz aber wurde ungeschoren gelassen. Sogar sind viel Hausbesitzer, die nur mit Schulden (vielleicht bis unter den letzten Dachstuhl) in die Inflation gelangt sind, völlig schuldenfrei daraus hervorgegangen. Der finanzielle Hausbesitzer verlor den letzten Pfennig, der Grundbesitzer-Hausbesitzer aber hat alle Hypotheken gewonnen. So standen nach der Inflation nur noch vermögenslose Mieter der vollwertigen Hausbesitzer gegenüber. Die einst „guten Mieter“ konnten auf keine Rücklagen mehr zurückgreifen, kamen in Verzug und wurden „schlechte Mieter“, „gute Mieter“ waren die Beamten und Selbstbedienten. Dieser Vorzug wurde inzwischen aber stark vermindert durch Gehaltskürzungen oder Stellenverlust.

Vollwertiger Hausbesitz einerseits, enteignete Mieter andererseits, passen nicht zusammen. Deshalb schuf der Staat einen Ausgleich, indem er nachträglich den hundertprozentig erhaltenen Hausbesitz stark belastet. Aber selbst bei gutem Willen läßt sich ein Haus weder stückweise verzehren, noch läßt sich damit abgeben. Die Not begann. Hinzu kam, daß nun auch die neuen „guten Mieter“ durch Gehaltskürzungen oder Stellenverlust in Verzug kamen. Wie man aus Hausbesitzerkreisen hört, gibt es in Deutschland nur noch 25 Prozent pünktlich zahlende Mieter. Die großen Wohnungen aber stehen leer, weil diese Mieter finanziell hingerichtet sind. So wurde die kühle Ebene für den Hausbesitz noch schlimmer. Nun soll der Hausbesitz das Subst mit den goldenen Eiern sein und soll zahlen und wieder zahlen, andererseits hat er es mit den Mietinnahmen, und drilitens kann man vom bloßen Besitz mehrerer Häuser nicht mehr leben. (Auch vom Barbesitz selbst von 100 000 M kann man nicht mehr leben, weil der Wert und die Steuern die Geldmenge bald verzehrt hätten.)

Schon vor Inflationensende trat der Verfall dieses dafür ein, daß das Geld allein nicht vernichtet werden dürfe, sondern daß der Grundbesitz gleichermäßen verlieren müsse, damit das Geld und damit aller Besitz auf etwa 25 Prozent erhalten werden könne. Aber gerade der Hausbesitz schalt mich damals einen Narren.

In der vernichtenden Inflation (die diesen Umfang nicht hätte annehmen brauchen) liegt also die Hausbesitzernot. Diese Ursache ist aber nicht mehr rückgängig zu machen. Der Hausbesitz hat immerhin noch das Haus, der Geldbesitz hat aber alles oder 99 Prozent verloren. Der Hausbesitz kann sich noch wehren, die Inflationsoffer aber haben nicht mehr viel zu sagen: mit Ach und Weh wurden sie vom Staat als lästige Zuschußbetriebe mächtig subventioniert, haben alle Energie verloren, die Ältesten sind (gottlob!) schon gestorben, und in 20 Jahren werden die letzten ihren Lebensabend als Gemeindevater in einem Asyl beschließen dürfen. Dann endlich sind Staat und Gemeinden diese Opfer und Ankläger einer kopflosen Staatspolitik los.

Der Hausbesitz aber bleibt immer jung und wehrt sich jenes überbelasteten schwankenden Besitzes, der aber immer Besitz bleibt, auch wenn er nichts einbringt. Und es ist ein fundamentierter Besitz, der sich verteidigen und erhalten läßt, weil er fastlich nicht so leicht verbrannt werden kann wie ein Geldvorrat. Wer es ist eben auch der letzte Besitz, auf denen der Staat zurückgreifen kann und auch zurückgreift. Gar mancher Hausbesitzer wird über diesen Druck noch zusammenbrechen und wird dann ebenfalls zum Heer der „schlechten Mieter“ zählen, auf die er vorher nicht besonders günstig zu sprechen war.

Auf eine „Bilke von der Geldseite her“ kann der Hausbesitz wohl nicht rechnen in einer Zeit, in der man arme Zeitgenossen ausfindet und ihres geringen Besitzes beraubt, wenn sie bei einem Jahresverdienst von 500 Mark ihre Bürgersteuer nicht bezahlen können.

Partei-Nachrichten

Der „Wahre Jakob“

Die soeben erschienene Nummer 29 ist als Wahlsonderrnummer „Von neuer Abteilungen-Not“ erschienen und wird als einzige geremte und behilderte Ohrsäge für die „Sarsburger Front“ Lachstürme entfesseln. Soviele unbesümmerte Frechheit und karikierte Geschichte verdient es wirklich, daß jeder Volksgenosse sie genießt. Für nur 15 Pfennig pro Nummer kann jeder mitmachen — und „Lachen befreit!“



Wo man genießt,
greift man zur „Saba“

Sie werden immer wieder feststellen,
daß leidenschaftliche Raucher
„Saba ohne“ wählen,
weil ihre Qualität und Frische
jeden Kenner voll befriedigt.



Ein Blick in die Reihen der „Führer“ der Wirtschaft

Rieseneinkommen trotz „Armut der Nation“

Schwerverdiener — Patentpatrioten — Biedermänner — Fromme Diener des Herrn

Es war Herr von Papen, der die Lösung ausgab, die sozialen Einrichtungen und Ausgaben mühten sich „der Armut der Nation anpassen“, natürlich auch die Löhne. Von der Anpassung auch der Einkommen der Großindustriellen, Generaldirektoren und anderer Großverdiener an die Armut der Nation sprechen diejenigen nicht, die Papen zubelohnen und offene Löffel für die Wahlmänner der reaktionären Parteien haben.

Böyne von 25 bis 30 Mark für Familienmitglieder mit 3 bis 4 Kindern sind heute wieder Regel

gemorden. Unterführungen von 10 bis 12 Mark wöchentlich, von denen ganze Familien sich ernähren, kleiden und wohnen sollen, sind an der Tagesordnung.

Während Millionen nicht wissen, wie sie von den abgebauten Löhnen und Unterführungen leben sollen, sitzen jedoch die Wirtschaftsführer und die anderen großen „Patrioten“, die zu Papen oder zu Hitler stehen, durchweg immer noch recht dick im Fett.

Herr Friedrich Flick,

der Beherrscher des Stahlrauchs. Er baute mit Hilfe der Großbanken, die ihm viele Hundert-Millionen-Kredite beschafften, seinen Riesenbetrieb auf. Während er sich die ausschlaggebende Herrschaft über Kohle und Eisen sichert, verbauten und verrentierten seine Generaldirektoren Milliarden. Als der Krieg da war, mußte das Reich sanieren. Allein 100 Millionen gab es für die Privatfinanzierung („Gesselnkirchen“) von Herrn Flick aus.

die Brüder Lahusen,

die Beherrscher der Nordwalde, des größten deutschen Holzkonzerns. Sie ruinierten durch standalöse Betriebsformen die im Kerne gesunde deutsche Holzwirtschaft, ließen auf alle von ihnen bezogene Wälder 10 Proz. ausschlagen — das waren Dutzende von Millionen —, die unter die Brüder Lahusen aufgeteilt wurden. Sie bewilligten sich Millionenbezüge — Karl Lahusen erhielt jährlich eine Million —, sie errichteten einen 15 Millionen kostenden Verwaltungspalast, und Karl Lahusen, das Haupt der Bremer Handelskammer und der Bremer Kirchenbehörde sowie die finanzielle Stütze der Nazis, richtete sich für 12 Millionen das Prunkschloß Hohewort mit 107 Gemächern und 12 Bädern ein.

Die frommen Männer vom Devaheim

sind auch nicht zu vergessen. Die Pastorenreihe um Tremer, die den deutsch-evangelischen Heimstättenkonzern leitete, vergendete in wilder Spekulation die Einlagen von 20 000 Kleinrentnern und Millionen von staatlichen Wohlfahrtsmitteln. Diese Pastoren piffen auf das Jenzeits und schufen

sich den Himmel auf Erden. Pastor Tremer verbrauchte in zweieinhalb Jahren „nur“ 60 000 Mark Autosparen.

Die Direktoren der Favag,

des verachteten großen Frankfurter Versicherungskonzerns, brachten es zu ähnlichen „Leistungen“. Sie benutzten die ihnen anvertrauten Gelder der Versicherten strupellos für ihre privaten Geschäfte und Spekulationen. Ihre Gehälter gingen in die Hunderttausende, daneben erhielten sie Sondervergütungen von insgesamt 3 Millionen binnen weniger Jahre. Die Direktoren hausten, nach der kapitalistischen „Frankfurter Zeitung“, „wie eine organisierte Räuberbande“.

Das ist nur eine kleine Blütenlese aus der Reihe der Wirtschaftsführer, die jetzt täglich beten:

„Lieber Gott, Sorge dafür, daß der Wählerunverstand nicht vererbt, sondern am 6. November recht viel deutschnationale und Nationalsozialisten in den Reichstag wählt! Aber auch nicht zu wenig Kommunisten!“

Ein ganz verständliches Gebet. Die „revolutionären“ Thälmann haben 13 Jahre lang tapfer mitgeholfen am Niederbruch alles dessen, was die den Kapitalisten so verhassten Sozialdemokraten auf den Trümmern des zusammengebrochenen Kaiserreiches aufbauten. Allein im Preussischen Landtag haben sie 32mal mit den Hugenbergianern und Hitlerianern gegen die Regierung Braun-Severing gestimmt. Kein Wunder also, daß die Reaktionäre aller Schattierungen auch in Zukunft recht viele kommunistische Bundesgenossen im Reichstag sehen wollen.

Wähler und Wählerinnen, sieht die Folgerung daraus:

Weder Hitler, Thälmann noch Papen — wählt nur Sozialdemokraten!

Die Jahreseinkünfte von Direktoren der Großindustrie

sind noch heute empörend hoch und aufreizend.

Die IG-Farben

jabste 1931 für die Gehälter von 21 ordentlichen und 2 stellvertretenden Direktoren annähernd 6 Millionen Mark. Das ist für den einzelnen Direktor im Durchschnitt ein

Jahresgehalt von 135 000 Mark.

Eine mittlere Berliner Hypothekendarf zahlt nach letztem Ausweis

je 60 000 Mark für 3 Direktoren,

also das Doppelte eines Ministergehalts.

Die

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

gibt für 1931 die Bezüge der leitenden und stellvertretenden 24 Direktoren auf 2 844 750 Mark an, also ein

Durchschnittsgehalt von 120 000 Mark.

Es handelt sich hier — wohl gemerkt — um Durchschnittsgehälter. Tatsache ist indessen, daß die Generaldirektoren viel höher bezollet werden.

Gehälter von einer halben Million Mark sind noch heute keine Seltenheit!

Wegen Raummangel verzichten wir auf weitere Einzelheiten, verweisen aber auf den besonders markanten Fall der Firma Reichert in Leipzig. Als sie in Konkurs ging, stellten die leitenden Männer und deren Familien noch folgende Ansprüche nur an Gehaltsresten:

Generaldirektor . . .	433 000	Mark	Restgehalt
Erbgemeinschaft . . .	347 000	„	„
Familiengemeinschaft	126 000	„	„
1. Direktor	400 000	„	„
2. Direktor	328 000	„	„
Technischer Leiter . .	70 000	„	„

Einige Auserwählte

aus der Reihe der Führer der kapitalistischen Musterbetriebe verdienen immer und immer wieder genannt zu werden, damit das Volk nicht vergißt, wie ungemein „segensvoll“ diese durchweg stramm nationalen frommen Biedermänner wirkten oder noch „arbeiten“.

Als erster unter den Todfeinden der von der sozialdemokratischen Reichstagsopposition gestellten Sozialisierungsanträge rangiert da

Was halten Sie vom 6. November

Stützinterviews mit prominenten Schlachtenkern

Unser Reporter hat, allerdings nur im Traum, einer Anzahl politischer Störe die Frage vorgelegt: „Was halten Sie vom 6. November?“ Die Herren antworteten darauf wie folgt:

Hitler, Adolf:

„Was ist davon halte? Alles und nichts! Je unhaltbarer die Situation, desto haltbarer sind meine segensreichen Auskünfte! Schwarzeber bulde ich nicht, Verluste werden nicht auslassen. Wir marschieren vorwärts, auch wenn wir zurückgehen! Turcht kenne ich nicht.“

Unser Kampf gilt der Reaktion, soweit sie sich nicht an der Finanzierung unserer Wahlarbeit beteiligt! Am Wend des 6. November werden wir geschlagen und deshalb die Sieger sein! Bis zum letzten Hauch vom letzten Wählerroh! Das wolle Jehova!

Hugenberg, Alfred:

Gemäß unseren, in Treue erprobten, wandelbaren Grundtät. um Thron, Altar, Herrn von Papen und unser gutes Einkommen geschart, bereit zu liegen oder auszureihen, leben wir der Entwicklung mit vaterländischer Sorge ins treuerzige Auge.

Unser Papen absolut.

Wenn er uns den Willen tut!

Eine Karte, autoritäre Staatsführung, unbeeinträchtigt von dem parteipolitischen Einfluß einer anderen als der deutschnationalen Partei, ist das Gebot der schwarz-weiß-roten Verjüngungsanwärter-Stunde!

Zurück zu den geordneten Bränden der Vorkriegszeit! Zurück zu alter Art und Brivilleanität! Wir werden liegen, weil wir verdienen müssen! Abol!“

Prälat Kaas:

So lebe die Freiheit, das deutsche Volk in die braune Sklaverei zu führen! Unsere Wege sind nicht von dieser Welt, aber sie führen alle nach Rom.

Unbeirrt und gradlinig, keiner Koalition abgeneigt und von dem Willen befecht, jeder Konjunktur zu dienen, reichen wir Adolf Hitler des „Teufels Großmutter-Hand!“

Wir bleiben die Alten, auch wenn wir uns täglich verändern! Für gesunden Fortschritt und ungesunden Rückschritt, für die Diktatur der schwarz-braunen Demokratie! Hug!“

Für die Richtigkeit:
Kurt Kaiser Blüt b.

Was uns Papen brachte

Papen von Hitlers Gnaden

Vor der Papenherrschaft kostete ein Waggon Salz 750 M. Heute, unter der glorreichen Papenregierung, die Hitler ermöglicht hat, stellt sich ein Waggon auf 2250 Mark. Auf einem Waggon Salz lasten heute — dank Papen und Hitler — 1850 Mark Steuern.

Was am 6. November zu beachten ist.



Das Volk entscheidet: Liste zwei!

Auf jede Stimme kommt es an, Jetzt wird nicht mehr gefakelt! Jetzt vor und durch! Jetzt drauf und dran, Bis Hitlers Bude wackelt! Die Masse runter vom Gesicht Den braunen Papentischen, Jetzt kommt das große Volksgericht, Macht Schluß mit den Falschritten! Und wenn ihr noch so wütend schreit — Der Schwindel plagt! Es ist vorbei, Ihr steht im Rücken unserer Zeit, Das Volk entscheidet: Liste zwei!

Raubzug gegen die Radfahrer

2.50 Mark pro Jahr zahlen

Zu dem Plan, die alte überlebte Radfahrsteuer wieder einzuführen, erfahren wir, daß die gegenwärtig der Reichsregierung vorliegende Denkschrift eine Versicherungsgesellschaft vorsieht, die pro Jahr 1 Mark beitragen soll. Dazu soll ein „einmaliger“ Polizeiverwaltungslostenbeitrag in Höhe von 1 Mark treten. Für Schild und Ausweis sind schließlich 50 Pfennig zu zahlen. Damit wird der Radfahrer pro Jahr mit 2.50 Mark belastet. Man denkt sich die Sache so, daß die Polizei alljährlich die Beiträge für die Versicherungsgesellschaften einfordert. Demnach müßte der „Polizeiverwaltungslostenbeitrag“ jährlich erhoben werden.

Daß es sich bei diesem Projekt um den Raubzug von Versicherungsgesellschaften handelt, braucht nicht betont zu werden. Millionen erwerbsloser Radfahrer haben aber andere Sorgen als mit ihren kargen Unterhaltungsgrößen irgendwelche Versicherungsgesellschaften zu bereichern. Die Radfahrer haben die Pflicht, gegen die ihnen unermittelte Verarmung am 6. November geschlossen zu protestieren, indem sie Liste 2 (Sozialdemokraten) wählen.

Gestatten Sie eine kleine Frage

Sie haben Hunger —
Sind arbeitslos —
Sie können die Miete nicht mehr bezahlen —
Sie haben kein ganzes Paar Schuh zu Haus —
Die Kinder sind unterernährt —
Das Stempelgeld hat man wieder gekürzt —
Die Sorge peitscht Sie bei Tag und bei Nacht —
Und dann wählen Sie die Nazis, die Ihre schreckliches Elend verschuldet haben?
Für Sie gibts doch nur eine Partei:
Die Liste der Armen, die Liste zwei!

Sozialdemokraten!

Kein Wochenende ohne den

Rheinexpress

Reich illustrierte, 2farbige Wochenendzeitung. Bestellung: Volksfreund.

Wollt ihr Luftschlösser oder praktische Arbeit?

Vergleicht selbst: Was haben in den letzten 14 Jahren die einzelnen Parteien geleistet?

Sozialdemokraten	Nazis	KPD.
1918 Sicherstellung der Volksernährung	Nichts	Nichts
Carifrecht, Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte, Kündigungsschutz für Angestellte, Betriebsrätegesetzgebung, 8-Stundentag	Nichts	Nichts
Arbeitslosenversicherung, Recht auf Wohlfahrtsunterstützung	Nichts	Nichts
Wohnungsgesetzgebung, Mieterrecht und Mieterschutz	Nichts	Nichts
Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzgebung, Unfall auf den Wegen von und zur Arbeitsstelle	Nichts	Nichts
Mutterchaftsgesetzgebung, Schwangerenfürsorge, Säuglingspflege	Nichts	Nichts
Selbstverwaltung, Beseitigung der kirchl. Oberhoheit der Schulen	Nichts	Nichts
Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften	Nichts	Nichts
Ruhelohngesetzgebung für Reichs-, Staats- und Gemeindefürbeiter	Nichts	Nichts

Während die Sozialdemokraten arbeiteten, haben auch die anderen himmelblaue Versprechungen gemacht. Bald war es das „Dritte Reich“, bald „Sowjetdeutschland“ in dem Milch und Honig fließen, reinstes Gold fließen sollte.

Alle diese Versprechungen haben sich als Lügen herausgestellt!

So lange die Sozialdemokratie Einfluß hatte, paßten sich Löhne und Gehälter den Zeitbedürfnissen an! Seit Nazi und Kommunisten die Mehrheit haben, werden alle Errungenschaften zerschlagen!

Wählt zwischen ehrlicher Arbeit und wahnwitzigen Versprechungen!

Tausende merken bereits, wie sie mit Luftschlössern getäuscht wurden, die Hitler ihnen vorgaukelte. Sie wählen deshalb die Liste der praktischen Arbeit,

Liste 2

der Sozialdemokraten Bilanz des Herrenklubs

„Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht . . .“

Die Regierung der Barone

gibt	Millionen Mark	nimmt	Millionen Mark jährlich
Dem Grundbesitz (landwirtschaftlichen, hauptsächlich dem Großgrundbesitz) durch Zinssubvention	ca. 380	Von den Arbeitslosen durch Kürzung der Arbeitslosen-, Kranken- und Wohlfahrtsunterstützung	ca. 470
Der Schwerindustrie durch Senkung der Aufbringungsumlage	ca. 100	Von den Renteneempfängern durch Kürzung der Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und bestimmter Kriegsrenten	ca. 280
Herrn Flick Aktien abgekauft für	ca. 100	Von den Arbeitern, Angestellten und Beamten durch Erhebung der Beschäftigtensteuer an Stelle der Krisensteuer	ca. 200
Den Treibstoffproduzenten durch Steuererlaß	ca. 17	Von den Kleingewerbetreibenden durch Heranziehung zur Umsatzsteuer	ca. 120
Den landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien den Beimischungszwang	ca. 55	Von den breiten Massen durch Einführung der Salzsteuer	ca. 60
Den Schiffahrtsgesellschaften an Abwrackprämien	ca. 12	Von den breiten Massen durch Erhöhung des Heringszolls	ca. 30
Dem Hausbesitz durch Subventionen, f. Reparaturen	ca. 50	Und weitere Hunderte von Millionen durch die Agrarpolitik und durch den notverordneten Wohnabbau.	ca. 1110
Allen bestehenden Schichten durch Ausgabe der Steuergutscheine	ca. 1500		
Den Unternehmern an Subventionen durch Lohnprämien	ca. 700		
Entschädigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften	ca. 300		
	ca. 3214		

Zum Diskutieren!

Frage deinen kommunistischen Betriebskollegen,

ob er die Stärkung oder ob er die Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaftsbewegung will. Frage ihn, ob er es zufällig mit seinen „Meister“ Lenin hält, der schon 1921 gegen die „Schaffung von neuen ausgedachten Formen der Arbeiterorganisation“ durch die „Radikalisierung“ in der KPD. wetterte, oder ob er es abwechslungslos mit einer der unzähligen Richtungen in seiner Partei hält, die täglich — wenn auch nur in der Presse und nicht in der Wirklichkeit — die „Massenbasis“ der Gewerkschaften durch solche ausgedachten Organisationsformen „zertrümmert“. Er wird deine Frage sicher auszuweichen versuchen. „Wir haben keine energische „Wendung“ zur innergewerkschaftlichen Arbeit gemacht.“ wird er sich etwas verlegen heranzureden wollen. Laß dich nicht von dieser neuen „Wendung“ verblüffen.

Frage deinen kommunistischen Kollegen,

ob er jemals schon die Geschichte seiner eigenen Partei studiert hat? 90 Prozent aller Kommunisten sind kaum drei Jahre politisch, 7 Prozent aller KPD.-Mitglieder nur gewerkschaftlich organisiert.

Sage dem Kommunisten,

dah seine Partei in den 14 Jahren ihres Bestehens mehr als 14mal auch ihre taktische Haltung gegenüber der millionenstarken deutschen Gewerkschaftsbewegung „energisch gewendet“, niemals aber ihren kleinbürgerlich-unmarginalistischen, auf Verhinderung dieses Massenwohlwerks gerichteten Konkurrenzkampf grundsätzlich aufgegeben hat.

Erzähle deinem jungen Kollegen, wie diese KPD. 1919 die Massen zum Austritt aus den Gewerkschaften bewegen wollte und führend an der Gründung „radikalistischer“ Splittersondierungen beteiligt war. Sage ihm, wie diese KPD. sich dann, nach dem März-Putsch 1921, weil sie vor dem Zusammenbruch stand, gezwungenermaßen „historisch entwickelten und bedingten Form der Arbeiterbewegung“ (Marx) für ein Weichen anpaßte und ihre braven Parteiführer wieder einmündig in die Kartoffeln schickte. Erzähle deinem erlauchten Zuhörer, daß zu gleicher Zeit die Führer in Moskau die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ als neues Konkurrenzunternehmen ins Leben riefen.

Sage dem Kommunisten,

daß 1923/24 die gleiche KPD. ihre eigenen Betriebsräte gegen die Massen der Gewerkschaftsmittglieder zu organisieren begann und unter dem Deckmantel der „Organisierung der (dafür berechtigterweise) aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen“ auf neue die Grundlagen einer „eigenen Laden“ schuf. Schildere ihm, wie die völlige Isolierung der kommunistischen Parteianhänger von den Massen und der Wollauer Bannfluch des offenen Briefes 1925 seine Partei gezwungen hat, sich wiederum der deutschen Gewerkschaftsbewegung „anzuwenden“, bis ihre unveränderliche geistige Grundhaltung, die maßlose Selbstüberschätzung und Dogmatik die KPD. wiederum zwang, im Beginn der großen Krise durch „Organisierung der Unorganisierten“ eigene Streikleitungen, NSD. und rote Verbände, zwar nicht die Massen, zumindest aber ihre braven Parteischäpe wie immer im Kreise zu organisieren.

Sage deinem kommunistischen Kollegen,

daß seine „revolutionäre“ Partei ihr Mäntelchen nach dem Winde „wendet“, die Massen aber auch ohne diese Wendungen treu zu ihren Gewerkschaften standen und stehen werden. Dafür sorgte noch immer die deutsche Sozialdemokratie.

Rußlands Kartoffelsorgen

Vom klandigen Moskauer Berichterstatter wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet:

Die Sorge um Anbringung und Verteilung der Lebensmittel ist zur Zeit im Vordergrund im öffentlichen Leben der Sowjetunion. Der Oktober-Plan für die Bereitstellung von Kartoffeln in den Erzeugungsgeländen ist bis zum 25. Oktober in der Gesamtunion nur zu 45,2 Prozent erfüllt worden. Damit erreicht der Gesamtjahresplan für die Kartoffelbereitsstellung bis zu diesem für russische Verhältnisse inäthen Datum nur 38,1 Prozent, so daß das Endergebnis erheblich hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurückbleiben dürfte.

Unangenehm als diese Tatsache ist die große territoriale Verschiedenheit der Ergebnisse, die hinter dieser Durchschnittsziffer steht: während bisher kein einziges Gebiet mehr als zwei Drittel des Jahresplanes erreichte, erfüllte zum Beispiel das Niederwolgaisgebiet nur 12,2 Prozent, die Ukraine nur 22,2 Prozent. Dieses auf der Öffentlichkeit scharf kritisierte Zurückbleiben beruht nicht auf der teilweise unbefriedigenden Ernte, sondern auch auf der Konkurrenz, die die staatliche Anbringung durch die Vorkauf der freien Marktes bringt, an dem zu sehr hohen Preisen Kartoffeln verkauft werden.

**Sprengt die Fesseln!
Macht euch frei!
Volksbekenntnis: Liste zwei!
Sozialdemokraten!**

Wie Nazis lügen

Ministergehälter in Thüringen

Wie sich Nazis Gehälter sichern

Die Nazis treiben jetzt in ganz Deutschland Agitation mit den thüringischen Ministergehältern. Sie erzählen, die jetzige Naziregierung in Thüringen sei die billigste im ganzen Reich, ihre Minister besäßen nur 7.000 RM und führten zusammen monatlich 1.500 RM an die Arbeitslosen ab.

Die Gehälter der sozialdemokratischen Minister in Thüringen betragen nach dem Stande vom 1. Dezember 1932 jährlich 7.272 RM. einschließlich Wohnungsgeld. Aufwandsentschädigungen wurden nicht gezahlt. Nazis und Deutschnationale trafen damals mit diesen Gehältern eine Übereinkunft gegen die Sozialdemokratie.

Die Ministergehälter unter der alten sogenannten Ordnungsbundes (1924-1929). Im Februar 1924 wurde die sozialdemokratische Regierung durch die von den Nationalsozialisten mitgetragene „Ordnungsbund“-Regierung abgelöst.

Bereits am 1. Juli 1924 wurden die Ministergehälter von 7.272 RM auf 15.403 RM erhöht.

Die sozialdemokratische Fraktion bezeichnete diese Erhöhung als einen Skandal und stimmte dagegen, während die Nationalsozialisten unter Führung des jetzigen Finanzministers Marjster, der das Bündeln an der Waage bildeten, dafür stimmten. Mit demselben Stimmverhältnis wurden dann die Ministergehälter am 1. Dezember 1924 auf 17.115 RM und am 1. Oktober 1927 auf 20.800 RM erhöht. Ohne die Nazis wären diese Erhöhungen nicht möglich gewesen.

Frids Ministergehalt. Die Regierung Baum-Frid-Rastner wurde im Januar 1930 gewählt. Die Nazis hatten vorher im Reichstag die Herabsetzung der Gehälter der Reichsminister auf 12.000 RM gefordert. Bei der Wahl Dr. Frids zum Minister verzogen sie jedoch im Landtag einen solchen Antrag zu stellen. Ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag:

„Das Dienstvermögen der Minister ist auf 12.000 RM jährlich zu beschränken. Eine Aufwandsentschädigung wird nicht gezahlt.“

wurde mit 29 Stimmen der Bürgerlichen und Nationalsozialisten gegen 24 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Das daraufhin von den Bürgerlichen und Nazis beschlossene Ministergehalt für Dr. Frid betrug:

16.000 RM Gehalt
2.000 RM Aufwandsentschädigung
1.800 RM Wohnungsgeld
780 RM Kinderbeihilfe
20.580 RM

Weiterdem hatte sich Dr. Frid noch besondere Pensionsansprüche am Lande Thüringen gesichert. Die Behauptung der Nazis, er habe dies nur mit Rücksicht auf seine Familie getan, weil er aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden sei, hat sich als unwahr herausgestellt. Frid hatte auch in München, bevor er nach Thüringen

gingen gesungen ist, „besondere Vereinbarungen“ mit sehr materiellen Inhalt getroffen. Diese Vereinbarungen haben nach dem „Bayerischen Kurier“ folgenden Inhalt:

1. Dr. Frid ließ sich das Rücktrittsrecht in den Bayerischen Staatsdienst vorbehalten.
2. Es wurde Dr. Frid die Zusicherung gemacht, daß ihm die im Thüringischen Staatsdienst zugebrachte Dienstzeit in Bayern angerechnet wird.
3. Es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß sein Dienstverhältnis im Falle der Wiederanstellung sofort unwiderruflich sei.
4. Wurde Herr Dr. Frid die bisherige Stelle für die Dauer des Reichstagsmandats offen gelassen.

Man kann schon sagen: Herr Frid ist ein sehr vorsichtiger Mann. Die ferner von den Nazis aufgestellte Behauptung, Frid habe nach seinem Sturz keinen Pfennig mehr vom Lande Thüringen erhalten, ist ebenfalls gelogen. Frid hat für den Monat April 1931 — am 1. April 1931 wurde er weggeschickt — sein volles Gehalt in Höhe von 14.593,34 RM und ab 1. Mai 1931 bis 31. Januar 1932 ein monatliches Ueberzahlungsgeld in Höhe von 1.180,47 RM erhalten und bis auf den letzten Pfennig auch eingekassiert. Seit dem 1. Februar 1932 bezieht Dr. Frid von Bayern wieder Beamtengehalt.

Als Dr. Frid gegangen war, waren die Nazis auf einmal auch wieder für eine Herabsetzung der Ministergehälter zu haben. Der Landtag beschloß am 31. Mai 1931 mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, die Ministergehälter auf 12.000 RM Brutto festzusetzen. Aufwandsentschädigungen wurden nicht mehr vorgesehen. Die damalige Regierung Baum ließ erklären, daß dieser Beschluß bei einer Neuwahl von Ministern in Kraft trete.

Die Regierung Frid-Baum hat dem Lande Thüringen für das Rechnungsjahr 1930 RM. 63.660 gestiftet.

Was kostet die jetzige Naziregierung dem Lande Thüringen? (Die Regierung besteht aus 3 Ministern und einem hauptamtlich tätigen Staatsrat.)

3 x 7.000 RM Nettogehalt (die Steuern dafür werden aus der Staatskasse extra gezahlt)	= 21.000 RM
Steuern sind infolgedessen dem Gehalt zuzurechnen	= 2.000 RM
3 x 2.000 RM Aufwandsentschädigung	= 6.000 RM
Gehalt für hauptamtlichen Staatsrat	= 7.000 RM
zusammen	= 36.000 RM

Daraus ergibt sich, daß die jetzige Naziregierung 4.000 RM teurer ist als die Regierung Baum 1931 und 14.500 RM mehr kostet, als die Regierung Baum heute gemäß des Landtagsbeschlusses vom Mai 1931 kosten würde.

So sieht die Wahrheit über die Naziwirtschaft aus.

Arbeiterlohn unter dem Hitler-Papensystem

Pinzel- und Bürstenfabrik Karger & Co.

Lüschmannstrasse

No. _____ Name: *Fr. Albrecht*

Vom *19. 9.* bis *24. 9.* 1932

Monat	a		
Tage			
30 Stunden	- 62	18	60
10 Überstunden	- 37	3	70
Akkord			
Summe Mk.			<i>27 70</i>
Abzüge:			
Krankenkasse	85		
Alters- u. Inv.-Vers.	60		
<i>Kaufkraftlose Vorräte</i>	54		
Erwerbslos.-Beitrag	70		<i>2 69</i>
Steuerfrei			
Steuer %			
von			
Vorschuß			<i>19 01</i>
den <i>24. 9.</i> 1932	bleiben Mk.		

Für Einsprüche gegen Steuerentlastung aufzubewahren!

Lohnauszug

Lüschmannstrasse Fr. Albrecht

Unter der Regierung **Hermann Müller**
(Sozialdemokrat) wöchentl. RM *37,66*

Unter der Regierung **Brüning (Zentrum)**
wöchentlich RM *30,60*

Unter dem System **Papen-Hitler**
wöchentlich RM *19,01*

Keine Phrasen! Tatsachen, die jeder am eigenen Leibe spürt. Darum wähle **Sozialdemokraten** **Liste 2**

Frauen! Wählerinnen!

Frauen, die ihr seid im Reiche die Mehrheit, ihr habt also auch die größte Macht. Ihr müßt diese Macht noch stärken, ihr müßt für den Sieg der sozialdemokratischen Liste werben.

Ihr könnt täglich sehr viel für den Sieg der Liste 2 tun. Wo ihr bei euren Einkäufen politische Gespräche hört, beteiligt euch daran und werbt für die Sozialdemokratie.

Wohin ihr bei euren Einkäufen auch kommt: Bekennet euch offen und frei zur Sozialdemokratie, zur Eisernen Front.

Schon wenn ihr zum Kaufmann kommt, wenn ihr zum Gemüsehändler geht, wenn ihr Gegenstände des täglichen Bedarfs da ober einkauft, wenn ihr das wenige Geld, das euch der Mann nach Hause bringt aber das ihr selbst verdient, wieder ausgibt, dann könnt ihr gute Propagandarbeit leisten.

Ihr fragt noch wie? Nun, das ist sehr einfach. Keine Frau von der Eisernen Front, keine Sozialdemokratin geht einkaufen, ohne das stolze Freiheitszeichen anzulegen, ohne den Freiheitspfahl an der Brust zu tragen. Das ist das Erkennungszeichen, das schon Hundert gewirkt hat. Nicht nur, daß die anderen Käuferinnen

merken, daß es genug Frauen mit Bekennermut gibt, daß es noch genug Frauen gibt, die in der ernstesten Zeit für die schönsten Menschheitsziele einzustehen bereit sind, auch die Verkäufer aller Art, der kleinste Gemüsehändler wie die größten Unternehmer, sie erkennen und respektieren in der Trägerin des Freiheitszeichens eine Frau, die eine ernste politische Ueberzeugung hat, die auch respektiert und geachtet sein will.

Ie mehr Bekennerinnen und Kämpferinnen im öffentlichen Leben, auf den Straßen, auf den Plätzen, in den Läden, zu sehen sind, um so deutlicher muß der politische Gegner spüren, daß wir eine große unüberwindliche Macht sind, daß in der Eisernen Front Frauen kämpfen, die sich nicht einschüchtern lassen, die vielmehr gewillt sind, ihrer politischen Gesinnung zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Frauen verwalten durch den Einkaufsfortschritt weit mehr als die Hälfte des ganzen Volkseinkommens — mögen sie entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke auch ihren politischen Einfluß stärken: Das können sie alle durch die Wahl der sozialdemokratischen Liste 2, das können sie alle, indem sie von heute ab und für alle Zukunft für den Sieg der Sozialdemokratie werben!

Der Autopark

Naziprolet: Beachte das!

Der arbeitslose braune Prolet verachtet sicher keinen knurrenden Wagen, wenn er die Größen seiner Partei in modernsten Luxuswagen an sich vorbeifahren sieht. Das unterstreicht so deutlich den Gemeinschaftsgeist innerhalb dieser Partei der Prinzen und Generäle, daß in dem „Pa.“ mit dem enggeschürzten Leibriemen nichts als ein Gefühl des Stolzes auf seine braune Oberleitung hochkommen kann.

Hier ein Verzeichnis einiger hochwertiger Wagen, in denen die Naziführer sich dem Volke zeigen:

Hitler hält sich ganz schwere modernste Mercedeswagen, Nummer II A 19 357.

Rosenberg, der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, der einst mit leeren Taschen nach Deutschland kam, fährt in einem schweren Mercedes-Daimler, Nr. II A 24 420. Seine Frau trägt die teuersten Pelzmäntel.

Hauptmann Weich, der Schriftleiter vom „Völkischen Beobachter“ begnügt sich mit einem Panomag, Nr. II A 1746.

Soffmann, der Leib- und Hofphotograph des „Führers“, gibt sich schon wieder nobler; er hat einen Mercedes-Daimler, Nr. II A 2391.

v. Schrach, der Schwiegerlohn des Vornamanten und Reichsjugendführer, ist im Besitze eines schweren Mercedes-Benz, Nr. II A 15 588.

Major Buch hat „nur“ einen neuen Opel, Nr. II B 15 869.

Major Kühnlein fährt in einem 8-Zylinder-Ford, Nr. II A 15 356. Der Wagen gehört zwar der Partei, steht aber dauernd dem Herrn Major und vor allem seiner Familie zur Verfügung.

Der Stabschef Köhm, die besondere Hiebe des Braunen Hauses, hat einen besonders prächtigen Benzwagen, Nr. II A 19 110, zur Verfügung.

Der Gauführer Wagner fährt einen schweren Wagen, Nr. II A 24 901.

Der Stadtrat Weber, seit dem Hitlerputz ein wohlhabender Mann, verfügt über einen Benzwagen, Nr. II A 23 997, und ist außerdem Besitzer von drei Autobussen.

Herr Mann, der Verlagdirektor des „Völkischen Beobachters“, fährt in einem schweren Benzwagen, Nr. II A 6264, insizieren.

Der Reichsfinanzminister Schwarz braucht einen schweren Mercedeswagen, Nr. II A 6629, um mit seiner Familie bequem nach Tegernsee zu seiner Villa rutschen zu können.

Das ist nur ein knapper Auszug aus der Liste der braunen Oberbönen, die mit teuren und teuersten Luxuswagen die „Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler repräsentieren.

Hohenzollertraum!



Achtung, Mieter!

Chaos auf dem Baumarkt - Die Wohnungsmisere

Zur rechten Zeit wendet sich der Bund Deutscher Mietervereine Dresden mit einer Darstellung an die Regierung und an die Öffentlichkeit, die sich mit dem Chaos beschäftigt, das die Reaktion auf dem Bau- und Wohnungsmarkt angerichtet hat. Mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie hat man den Teil der riesigen Inflationsgewinne des Hausbesitzes, den der Staat in Form von Haussteuern für sich in Anspruch nahm und während der Zeit, wo die Sozialdemokratie Einfluss auf die Regierung hatte, für die Behebung des Baumarktes und die Ueberwindung der Wohnungsmisere verwandt, einer leichtsinnigen Subventionspolitik zugeführt. Die Wohnungsmisere steigt, der Baumarkt liegt verödet da. Hunderttausende von Mietern müssen sich mit Wohnlössern behelfen. Hunderttausende von Bauarbeitern sind aber arbeitslos. Die ganze Entwicklung zwingt die Mieter, Schluß mit der Bau- und Wohnungspolitik der Reaktion zu machen. Der Mieter muß am 6. November sozialdemokratisch wählen.

Die erwähnte Denkschrift des Bundes Deutscher Mietervereine trägt die Ueberschrift „Volkswohl geht vor Eigenruhm“. Sie weist auf die bestehende Lücke im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung hin, fordert als beste Anfertigung weiterer inneren Wirtschaft Wohnungsbau und Siedlung auf weite Sicht, betont die Bedeutung der Haussteuer, ihre Berechtigung als Ausgleich für die geschädigten Hypothekare und Sparrer, und fordert mit bestimmten Vorschlägen ihre Beibehaltung bei einer gerechteren Neuverteilung. Im Ubrigen wird im Zusammenhang mit der Forderung nach Mietentlastung auf die Notwendigkeit einer Zinsenkung hingewiesen.

Ein besonderes Kapitel bildet in der Darstellung des Bundes Deutscher Mietervereine die Frage der Reparaturen und Reparaturkosten. Es wird darauf hingewiesen, daß der große Hausbesitz anzählich in der Mierte 1 Milliarde als Instandsetzungslosten erhält. Der Bund fordert den Verwendungszwang für den Teil der Mierte, der wirtschaftlich für Instandsetzungsarbeiten bestimmt ist. Gerade diese Forderung hat die Sozialdemokratie seit Jahr und Tag ganz besonders betont.



Die Verbraucher aller Stände wünschen eine bessere Zukunft

Sozialer Geist und genossenschaftl. Handeln herrschen in den Konsum-Genossenschaften!

Wer etwas zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage beitragen will, muß Genossenschaftler werden und sich einem Konsumverein anschließen. Als Genossenschaftler ist es seine genossenschaftliche Pflicht, alle Waren, soweit als möglich, aus seinem eigenen Geschäft, aus dem

Konsumvereinsladen

mit dem Zeichen

G E G

zu beziehen. Warenabgabe nur an Mitglieder

Bezirks-Konsumverein Baden-Baden und Umgegend
Bezirks-Konsumverein Bretten-Bruchsal u. Umgegend
Konsumverein für Durlach und Umgegend

Pelzwaren
Spezialgeschäft

E. Schrambke

Eigene Werkstätte
Kaisersstraße 161 — Telefon 3089
Eingang Hinterstraße, neben Schuhhaus Dager

Zwangs-Versteigerung.
Sonntag, den 3. November 1932,
nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe,
im Pfandlokal, Herrenstraße 46a, gegen bare
Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich ver-
steigern:

6 Büttel, 3 Standuhren, 3 Klaviere, 2 Näh-
maschinen, 1 Radioanlage, versch. Ölgemälde,
2 Kleiderkabinen, 4 Kredenzen, 3 Ruhebetten,
1 Schreibmaschine, 5 Bücherregale, 1 Rauch-
stuhl, 1 Stuhl, 2 Schreibtische, 2 Waren-
regale, 2 Kommoden, 1 Warenschrank, 1 Roll-
laden, 1 Küchenstuhl, 1 Bierne, 2 Damen-
radfahrer, 2 Sofa, versch. Tische und
Stühle, 1 Vordereinstellung, 1 Sofa, 1 Regi-
striertafel, 1 Spiegel, 1 Kaffeeschrank,
1 Ledertubula, 3 Ledertubiefel, 1 Gramm-
ophon, 1 Teppich, 6 Blüchlein, 1 Lederkoffer,
1 Nähmaschine und Waschmaschine m. Motor,
1 Federkiste, 1 Kniehebelpresse, 1 elektr. Säge-
ner u. a. m.

Karlsruhe 2. November 1932.
Buzemann, Gerichtsvollzieher.

**Kluge Geschäfts-
leute**
schätzen den Ar-
beiter als Kun-
den. Sie inse-
rieren deshalb
im Volksfreund.

Josef Rieger
Blechnermeister
Amalienstraße 33, Telefon 7267

empfeilt sich in der Ausfüh-
rung aller Blechner- und In-
stallations-Arbeiten billigst

Spezialität: Sanitäre Anlagen

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7301

Ausführung aller Maler-Arbeiten
1839 4018 und preiswert

Sonder-Angebot
1a. Schweizerkäse Pfl. 93
Margarine . . . Pfund von 25,-
Eier-Handelszes.

Genger & Co.
Kaisersstraße 14 b u. Pfl. 100
Telefon 6848. Lieferant: Hofhaus

Besseres Damenrad
sehr gut erhalten, für
20,- zu verkaufen
Kriegstr. 278 IV.

Rein gelb!

Kartoffel

Zentner
2.50

ab Lager:
Zähringer-
straße Nr. 44
Zuluhr frei
Keller 16 Pfl.
mehr 150,-
empfehit

BUCHERER

Bestellungen
nehmen meine
Filialen sowie
das Büro:
Zähringer-
straße 44,
Telephon 392,
entree an

Karlsruher Kammerofen - Brechkoks



soll gegenüber Hüttenkoks
in erster Linie dem Hausbrand
dienen und wird daher mit **der**
größten Sorgfalt für diesen
Zweck zubereitet. Er ist aus diesem
Grunde der **bestgeeignete**
Brennstoff für Zentralheizungen,
Etagenheizungen, Zimmeröfen und
Küchenherde

Brennt Kammerofenbrechkoks des Gaswerks Karlsruhe

Koksverkaufsstellen:

Amalienstraße 83, part. // Telefon 5350 bis 5358 und 3343
Schlachthausstraße 3 // Telefon 6560 bis 6562



Für jeden Kessel frische Lauge

Selbst bei einem so hochwertigen und einzigartigen Waschmittel wie Persil soll dieselbe Lauge nicht zweimal zum Kochen der Wäsche gebraucht werden. Wohl läßt sich die abgekochte Lauge noch sehr gut zum Durchwaschen grober Buntwäsche (Küchenschürzen, Kinderkittel und dergleichen) verwenden. Für die Weißwäsche aber ist es nötig, für jeden Kessel eine frische Lauge kalt zu bereiten.

So einfach wäscht Persil:

Persil kalt auflösen und Waschlauge kalt bereiten. Auf je 3 Eimer Wasser, 1 Normalpaket Persil. Wäsche einmal eine Viertelstunde kochen lassen und gut spülen, zuerst warm, dann kalt.

P 17/52 b

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers:
Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Besuchen Sie die Ausstellung „Deutsche Woche“.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

2. November.

1810 Gewerbefreiheit in Preußen. — 1848 Johann Jacoby: „Es ist das Unglück der Könige...“ — 1917 Rücktritt Michaelis. Hertling folgt. — 1918 Matrosenversammlung in Kiel. — 1922 Türkei wird Republik. — 1930 Sozialist Carl Diebel, Berlin, Führer der Angestellten.

November-Kalender

Wenn man den Kalender des November durchblättert, staunt man über die Tatsache, daß sich in diesem einen Monat all das entläßt, was in den Sommer- und Herbstmonaten zur Explosion reif geworden ist. Nicht nur wegen des November 1918 ist also der November der Monat der Revolution.

Am 1. November 1917, vor 15 Jahren, beschloß das Comité von Moskau die Machtergreifung und schlug am 7. November los.

Am 2. November 1922, vor 10 Jahren, wurde die Türkei durch den Aufstand der Jungtürken Republik.

Am 3. November 1848, explodierte in Wien ein Straßenaufstand nach dem anderen. Robert Blum und Gröbel wurden verhaftet.

Am 9. November wurde Robert Blum in der Brigittenau erschossen.

Am 3. November 1905 brachen schwere Bauernunruhen in Rußland aus.

Am 6. November 1792 wurde durch die Guillotinierte des Herzogs von Orleans (Egalité) die Wera des politischen Terrors eingeleitet.

Am 8. November 1307 wurde der Schwur auf dem Mühl geleistet.

Am 9. November 1799 stürzte Napoleon das Direktorium und beendete damit die französische Revolution.

Am 16. November 1848 wurde Meißnerhäuser in Wien erschossen.

Am 17. November 1917, vor 15 Jahren, brach in Finnland ein Aufstand aus. Die Regierung wurde von der Sozialdemokratie übernommen.

Im übrigen bleibt der November 1918 ein untrennbarer Bestandteil dieses Revolutionsmonats.

Am 1. November forderte die Sozialdemokratie den Rücktritt des Kaisers.

Am 2. November trat eine Matrosenversammlung in Kiel zusammen und forderte die Umwälzung der politischen Verhältnisse.

Am 3. November brachen Straßenkämpfe in Kiel aus, bei denen 8 Matrosen erschossen wurden. Die Revolution nahm damit ihren Anfang.

Am 4. November schlossen sich die Wandbühler Husaren und die Altonaer Artillerien der Revolution an.

Am 5. November bereitete sich die Revolution von Hamburg nach Bremen und Lübeck aus. Politische Generalkonferenzen und Handreichungen von Matrosentruppen trieben den Aufstand vorwärts.

Am 6. November sprang das Feuer der Revolution von der Wasserfront nach Hannover, Rheinland und Westfalen über.

Am 7. November wurde Mitteldeutschland, Süddeutschland und vor allem Bayern von der Revolution erfaßt.

Am 8. November schloß sich der revolutionäre Ring um Berlin, dadurch, daß die aufständische Bewegung über Thüringen und Sachsen nach der Elbe sich ausbreitete.

Am 9. November brach die Revolution in Berlin aus und beendete damit die Bewegung durch Ausrufung der Republik vom Reichstag durch Philipp Scheidemann.

Am 10. November nahm Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an und stellte sich unter die Regierung der Volksbeauftragten und der Sozialdemokratie.

Am 11. November beendete der Waffenstillstand den Krieg und die Wera der Revolution.

Auch sonst hat der November 1932 einige wichtige Daten aus der Kultur- und Weltgeschichte:

Am 5. November 1807, vor 125 Jahren ist die Malerin Angelika Kauffmann gestorben. — Am 10. November 1807, vor 125 Jahren, ist Robert Blum in Köln geboren. — Am 13. November 1882, vor 50 Jahren, ist der Dichter Gottfried Kinkel gestorben. — Am 14. November 1922, vor 10 Jahren, hat der Reichsfinanzminister Cuno sein Amt angetreten. — Am 15. November 1862, vor 70 Jahren, ist Gerhart Hauptmann geboren. — Am 16. November 1632, vor 300 Jahren, ist Gustav Adolf von Schweden gefallen. — Am 17. November 1632 ist Graf Rappenheim gestorben. — Am 18. November 1832 ist Nordenskiöld geboren. — Am 22. November 1907 ist der Rechtslehrer Dernburg gestorben. — Am 24. November 1632 ist Spinoza geboren. — Am 28. November 1912 ist Otto Brahm gestorben.

Steuerkalender für November 1932

Es sind zu entrichten an: 5. November: die Lohnsteuer und die Arbeitslosenhilfe, soweit letztere an die Finanzkasse zu entrichten ist, für die zweite Hälfte bezw. den ganzen Monat Oktober; 10. November: die Umsatzsteuerabzugszahlung für den Monat Oktober; 10. November: die Vermögenswertsteuer für den Monat Oktober; 15. November: eine Vermögenswertsteuervorauszahlungssorte, bei Landwirten in Höhe eines Halbjahresbetrages, bei den übrigen in Höhe eines Vierteljahresbetrages; 20. November: die Lohnsteuer und die Arbeitslosenhilfe für die erste Hälfte des Monats November.

Ausstellung „Deutsche Woche“

Um den Besuch noch stärker zu beleben hat sich die Ausstellungsleitung entschlossen, mit sofortiger Wirkung jedem Besucher eine Tasse Kaffee, wie dies früher üblich war, gratis zu geben. Die Tanzvorführungen der Tanzschule Cilla Herrmann am Samstag nachmittag ergaben ein gefülltes Haus und großen Beifall. Eine Wiederholung findet Sonntag, den 6. November nachmittags 3 Uhr statt. Der Vortrag über Waldorf Spielsatz von Frau Dr. Schumann fand ein lebhaft interessiertes Publikum vor.

Aufregung im Nazilager

Ein Flugblatt über die badischen Nazibonzen

Im nationalsozialistischen Lager herrscht große Aufregung. Es ist gestern ein Flugblatt verteilt worden, das „Die badischen Nazibonzen unter bengalischer Beleuchtung“ betitelt. Die großen Kanonen der badischen nationalsozialistischen Bewegung.

Robert Wagner in Karlsruhe, Karl Venz aus Heidelberg, jetzt in Hessen, Stadttrat Roebels in Lahr, Fritzler in Freiburg, August Kramer, Stadttrat in Karlsruhe, Otmär Wegel aus Heidelberg.

werden darin unter kritischer Sonde vorgestellt, wobei allerhand Episoden aus ihrem Leben und ihrer Vergangenheit

mitgeteilt werden, die zweifellos für viele ihrer Nachläufer neu sind.

Ob dieses Flugblattes herrscht im nationalsozialistischen Lager große Aufregung und der Gauleiter Wagner hat bereits gestern in der Sitteversammlung seinen Unmut darüber ausgesprochen und mit Klage gedroht. Ebenso hat der Naziführer Rechtsanwalt Kupp bereits die Staatsanwaltschaft aufgefordert, daß sie sofort gegen das Flugblatt vorgeht und erläßt, er werde eine einflussreiche Verfügung beantragen, welche die Weiterverbreitung des Flugblattes unterjagt.

Die Betrachtung der badischen Nazibonzen unter bengalischer Beleuchtung muß anscheinend im nationalsozialistischen Lager sehr geizig haben.

Ueber diesen Vortrag wird noch ausführlich berichtet werden. Auf die Aufführungen des Theaterstücks „Bekehrte“, die jeweils Donnerstag, Freitag und Samstag nachmittags 1/2 5 Uhr stattfinden, darf besonders hingewiesen werden.

Zirkus Hitler in Karlsruhe

Deutschlands erster politischer Komödiant, Adolf Hitler, hat sich, unterstützt von einigen schwerreichen Kapitalisten, aufs Zirkusleben umgewandelt. Die badische Landesbauinspektur trachtete schon lange darnach, diesen Zirkus auch mal in ihre Mauern zu bekommen. Auf einer Vieles, auf der sonst Schafe hielten, rampte man Pfähle für ein großes Zelt in den Boden. Für diese harte Arbeit sollen die Arbeitenden, wie behauptet wird, pro Tag Lohne und Schokolade erhalten und eine Vorkost erhalten haben. Das würde auch so richtig nach dem Dritten Reich riechen.

Die Zirkusdirektion hatte Befehl gegeben, alle Säuler mit der Fahne des Kamelzähners zu schmücken. Es gibt aber scheinbar nicht mehr so viel Kamel in Karlsruhe wie vor einem Vierteljahr. Damals gab es noch bedeutend mehr dieser Fahnen. Die schönsten politischen Kamel erzielten neue Nagen zu Ehren des Lages, SA. (Sant Adolf's)-Nagen. Dafür mußten sie lange Stunden zu Ehren des Zirkus Betrieb machen, den großen Dief schämen um. Vetter hat eine heilige Angst um sein Leben, sonst könnte er solchen Trost von persönlicher Wade nicht fähig in seiner Umgebung dulden. Im Verlaufe des Dienstes, an welchem die große Vorstellung gegeben wurde, sogen immer mehr Exemplare der Hitlerischen Renegate von auswärts in die Stadt. Nicht wenige veröflerten zur Freude der Juden die Warenhäuser, obwohl das von der Direktion aus verboten ist. Aber, ach Gott, Zirkustiere hören nicht immer auf den Menagerieleiter.

Am Abend war das Zelt besetzt. Man konnte an den verschiedenen Dialekten feststellen, daß sie nicht alle aus Mittelbaden waren, sondern um allerhöchsten Teil von auswärts stammten. Eines verstehen die Nazis, Stimmung zu machen. Die Rednertribüne war mit Blumen geschmückt. Mit Tränenmehlschnee wurde man von gelassenen SA-Leute. Man tut so, als ob sie für Deutschlands Freiheit gestorben seien. In Wirklichkeit waren sie die Opfer eines Rattenjägers.

Und nun sprach zunächst Untersirkusdirektor Wagner, Gauleiter der Nazi im Musterlande. Er wehrt sich schwer pustend gegen die persönlichen Anklagen, die Gott sei Dank nun durch das Reichsbanner in Flugblattform ins Volk hinausgetragen werden. Er kann es kaum ertragen, daß nun so mancher Stinkbasen aufgedeckt wird. Wie ein wilder Stier fällt er über sein Daraburger Freunde, die Deutschnationalen her. Auch sie haben es ihm angetan. Haben wird als einer hinfällig, der die Freundlichkeit Hitlers erschließen wollte. Was Wagner gegen die Papenregierung sonst noch zu sagen hat, insbesondere gegen dessen Wirtschaftsprogramm, schwächt er den Nazis ins nach. Der Beifall für den Gauleiter war nach meinem Empfinden etwas zurückhaltend.

Aber jetzt trat er auf, der „Führer“. Am so richtig die Menschen in Spannung zu bringen, man könnte auch sagen, sie zu hypnotisieren, wurde mindestens zwei Duzend mal Achtung ins Mikrophon gerufen. Als er da war, ließ er sich zunächst, wie es sich für einen Zirkusdirektor gebührt, von der Menge eine Viertelstunde besaffen, von hinten und vorn. Ich glaube schon, nun beginnt er endlich, da muß er sich noch fotografieren lassen. Endlich ertönt seine holde Stimme. Er erzählt, wie die Baronsregierung ihn wie eine Maus oder Ratte fangen wollte, er ging aber nicht an den Spieß. Er hätte alle möglichen Ministerposten, ja sogar den preußischen Ministerpräsidentenposten haben können. Er will jedoch diese Titel gar nicht, er will nur führen. Er verzichtet auf Ministergehalt, ein Zuna-geselle könne sehr billig leben. Wahrhaftig, er macht's billig. Papen muß mit seinen Plänen scheitern, weil sie die Pläne des Juden Goldschmid sind! So! Er hat schon vor 13 Jahren alles gemußt, wie die Geschichte in Deutschland acht; ein leidenschaftlicher Wahr-lager! Er ist nur Idealist, kennt keinen Verstand, nur das Gefühl; wer laßt da nicht so solcher Geisteswühe und Selbstentlarung, mit denen dem Volk drei um den Mund geschmiert wird. Er spricht immer so, wie es die Spieler gerne hören, und dann geben sie gerne rufenden Beifall. Er macht angeblich keine Kompromisse. Den mit dem Zentrum unterschlägt er einfach als geschickter Tausch-spielerkünstler. Und noch eins hat er nicht gesagt, nämlich, wann er an's Ruder kommt. — Auf dem Heimweg hat einer gemeint, „na, hoffentlich kommt's bald soweit“. — Schafe hoffen immer, den-fende Menschen handeln und schmieden ihr Schicksal selber, in dem sie Lüge 2 wählen!

Die Polizei berichtet:

Erwischter Fahrraddieb
Ein 22 Jahre alter Zimmermann aus Westkoneurt wurde festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, weil er in der Unter-lentstraße ein Fahrrad gestohlen hatte.

Verkehrsunfall
Ede Karls- und Waldstraße kreuzte nachmittags ein Motorradfahrer mit einem Personkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Der Insassen des Kraftwagens wurde durch den Motorradfahrer an der Straßenkreuzung der Kraftwagen überfahren.

Aus Organisationen und Vereinen

(1) Ein Dichterabend. Man schreibt uns: Eine seltene Feier-stunde durfte die Gemeinde erleben, die sich am vergangenen Sonntag in der St. Kirche zahlreich eingefunden hatte. Fritz Boike, der Arbeiterdichter aus Opladen, machte die Zuhörer mit seinem dichterischen Schaffen bekannt. Die Stunde in der Fritz Boike zu uns sprach, war kein literarisches Abend. Wir erleben einen Rhythmus einer neuen Welt, wir hören die leidenschaftlichen Anklagen gegen eine Ordnung, die nichts mehr von der Bruderliebe der Menschheit weiß. Fritz Boike ist uns Kämpfer eines Schicksals, das heute aus Millionen liegt. Ihm ist es gegeben, dem dumpfen Druud, über den den Massen liegt, in flammenden Worten der Empörung Ausdruck zu geben. Seine Sehnsucht nach einem Welt der Gerechtigkeit findet ihre Erfüllung in Christus. Er will zu einer Revolution der Gesinnung auf. „Nicht eher kommt auf Erden die neue Zeit, eh' wir nicht Menschen werden voll Ewigkeit.“ Wir hörten im ersten Teil des Abends Worte, welche die Zeit an uns richtet: „Verdret sind die Wege, Gott zu die...“ und aus der Nacht schreit hilflos der gequälte Mensch: „... wir sind wie austrangerte Wagen, um die sich niemand kümmert, und sind lebendig tot.“ Erregt und aufreizend sind die Anklagen, die aus seiner Jugend klingen, und die allen Hören die Trostlosigkeit des proletarischen Schicksals ins Gewissen hämmern. Wir bewundern die Gestaltungskraft des Dichters auch in seinen Reden. Aber am deutlichsten war sein Herzschlag zu vernehmen in den kleineren Gedichten, die wir am Schluß hörten. In dem sprach reine Lyrik, tiefstes religiöses Empfinden zu hören. Der Abend war vom evangel. Presseverband veranstaltet worden, dem auch dieser Stelle aus dafür gedankt werden soll. Herr Landeswohlfahrtsreferar Wolfgang sprach einfluss-rende Worte, in denen er von den Pflichten der Gemeinde gegen die Deuter und Kämpfer der Zeit sprach.

(2) Arbeitsunfall. Am Arbeiterabend gehörte der Gemein-schaftsleiter Emil Hauser 25 Jahre dem „Volksfreund“ als Mitarbeiter an. Aus diesem Anlaß ersten Geschäftsleistung und Aufsichtsrat den Sublar durch Ueberreichung eines Geldgeschenkes. Seine Kollegen beglückwünschten ihren verdienten Mitarbeiter in einer schlichten Feier durch Anreden und Ueberreichung finanzieller Geschenke, für welche Aufmerksamkeit der Gedichte in bewerteten Worten dankte.

(3) Fahrpreisermäßigung anlässlich der Deutschen Woche. Die Reichsbahndirektion wird anlässlich der Deutschen Woche in Karlsruhe vom Mittwoch, den 2. November bis Freitag, den 4. November 1932 Sonntagsrückfahrkarten nach Karlsruhe im mit eintägiger Geltungsdauer von allen Bahnhöfen im Umkreis von 35 Kilometer um Karlsruhe ausgeben. Die Karten gelten an den genannten Tagen jeweils von 6 bis 24 Uhr (Spätester Rückreiszeitpunkt).

(4) Kammermüller Richard Klebe 60 Jahre. Richard Klebe, der Baumeister am Badischen Landestheater feiert heute seinen 60. Geburtstag. Klebe beherzigt sein Instrument, dem die Moderne ganz neue Aufgaben zugewiesen hat, mit feiner Kunst. Sein zeitlich weiß diese Kunst zu schätzen und läßt Klebe zu den jeweiligen Festspielen ein, um als Faust mitzuwirken.

(5) Gewerberat Haas im Ruhestand. Wegen Erreichung der Altersgrenze trat Gewerberat Haas beim Gewerbeamt als Beamter in den Ruhestand. Der Dienstortstand sprach ihm in Anerkennung seiner Arbeit aus und überreichte ihm ein Dank für treue geleistete Arbeit. Die Vereinigung der Gewerbeamtbeamten ließ ihm durch ihren Vorsitzenden ein sinniges Geschenk überreichen.

Auskünfte der Redaktion

Muggenkurm. Was bei uns an Manuskripten eingegangen ist, wurde veröffentlicht.

Mäntel und Anzüge Moderne haltbare Stoffe - vollendete Schneiderarbeit — zu auffallend billigen Preisen —

Beachten Sie die Auslagen unserer 11 Schaufenster

bietet das seit 45 Jahren anerkannt leistungsfähige, große Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Kleidung

Ornstein & Schwarz - Karlsruhe Kaiserstraße-Ecke Kreuzstraße

